

POLITISCHE STUDIEN 488

Magazin für Politik und Gesellschaft

 Hanns
Seidel
Stiftung

70. Jahrgang | November-Dezember 2019 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

ABGEHÄNGT AUF DEM LAND?



/// Im Zeitgespräch: Stiftungsvorsitzende Ursula Männle übergibt das Ruder – 06

/// Silicon Valley Bayern – 56

/// Über Religionsfrieden zum Weltfrieden? – 64



”

Damit alle auch in Zukunft gut, mobil und klimafreundlich leben können, sind **INTELLIGENTE** Lösungen gefragt.

MOBIL BLEIBEN

München wächst und das täglich. Wer in der Landeshauptstadt unterwegs ist, spürt das deutlich: ob im Stau am Mittleren Ring oder in einer der überfüllten U- und S-Bahnen. Wundern sollte uns das nicht. Mobilität entscheidet darüber, ob Menschen ihre beruflichen und privaten Ziele erreichen und damit ihre Lebensqualität steigern können. Das bedeutet, Menschen wollen nicht nur, sie müssen auch mobil sein. München und andere Großstädte ringen daher um innovative Mobilitätskonzepte. Klassische Maßnahmen wie Infrastrukturausbau oder Taktverdichtungen im Öffentlichen Verkehr sind dringend notwendig, reichen aber nicht. Eine innovative urbane Verkehrskultur mit neuen Mobilitätsformen und einer digital optimierten Vernetzung der Verkehrsträger ist dringend notwendig.

Während im urbanen Raum die Verkehrssysteme aus allen Nähten platzen, müssen in vielen ländlichen Regionen gegenläufige Herausforderungen gemeistert werden. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels mit mehr älteren Menschen und der Entleerung ländlicher Räume stellt sich die Frage, wie dort Mobilität gesichert werden kann. Wo der Öffentliche Verkehr an seine finanziellen Grenzen stößt, ist das Auto oftmals das einzige Fortbewegungsmittel, um mittlere und längere Distanzen zurückzulegen. Mobilitätssicherung im ländlichen Raum benötigt daher andere Strategien als in urbanen Räumen. Ein alleiniges Allheilmittel gegen Mobilitätsengpässe aller Art wird es nicht geben. Die Bayerische Staatsregierung hat das Thema „Mobilität“ als wesentliche Zukunftsfrage identifiziert und verfolgt ein differenziertes Maßnahmenpaket. Damit alle auch in Zukunft gut, mobil und klimafreundlich leben können, sind intelligente Lösungen gefragt.

Karl Heinz Keil
ist Referent für Medien und digitale Gesellschaft,
Mobilität und Innovation des Instituts für Politische Bildung,
Hanns-Seidel-Stiftung, München.



16

INHALT



36



28



64

IM FOKUS

- 16 ABGEHÄNGT AUF DEM LAND?**
Einführung
VERENA HAUSNER
- 20 BESTE LEBENSBEDINGUNGEN
IN STADT UND LAND**
Chancenland Bayern
JOACHIM HERRMANN
- 28 TRAUMBERUF LANDARZT?**
Allgemeinmedizin: Ja, von Herzen gerne
MARKUS BEIER
- 36 DAS KONZERTHAUS BLAIBACH**
Aktivierung der kulturellen
Infrastruktur Ostbayerns
BJÖRN JOHANNSEN
- 43 TREFFPUNKT DORFLADEN**
Neues Leben bei und durch „Tante Emma“
BARBARA WUNDER
- 48 DAS BAYERISCHE
DORFWIRTSCHAUS**
Erfolgsgeschichte mit Zukunft?
THOMAS GEPPERT

POLITISCHE-STUDIEN- ZEITGESPRÄCH

- 06 STIFTUNGSVORSITZENDE
URSULA MÄNNLE ÜBERGIBT
DAS RUDER**
Den Herzenswunsch gelebt ...
URSULA MÄNNLE

ANALYSEN

- 56 SILICON VALLEY BAYERN**
Wieder an der Spitze des
Fortschritts marschieren
RUDOLF HANISCH
- 64 ÜBER RELIGIONSFRIEDEN
ZUM WELTFRIEDEN?**
Das Toleranzprojekt der VAE und
das Dokument zur menschlichen
Brüderlichkeit 2019
GERHARD ARNOLD

AKTUELLES BUCH

- 71 DIE STELLUNG DER FRAU
IM ISLAM**
Unterdrückt oder gleichgestellt:
Was steht wirklich im Koran?
FABIAN SCHMIDMEIER

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
- 74 REZENSIONEN**
- 80 JAHRESÜBERSICHT**
- 84 ANKÜNDIGUNGEN**
- 86 IMPRESSUM**

/// Den Herzenswunsch gelebt ...

STIFTUNGSVORSITZENDE URSULA MÄNNLE ÜBERGIBT DAS RUDER

Professorin Ursula Männle, seit 2014 an der Spitze der Hanns-Seidel-Stiftung, tritt zum 31. Dezember 2019 vorzeitig aus freien Stücken zurück. Sie ist ein politisches Vorbild und nach wie vor vielfältig ehrenamtlich engagiert. Als Vorsitzende hat Ursula Männle die Stiftung in ihren Gremien und insgesamt jünger, moderner und weiblicher gemacht. Sie hat auch die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit durch gemeinsame Projekte gestärkt, aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen direkt aufgegriffen und auch so die Wirkung der Stiftung erhöht. Und sie hat sich immer leidenschaftlich für die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, gerade in der Politik, eingesetzt. Wer Männle kennt, schätzt sie als wehrhafte, intelligente und äußerst umtriebige Demokratin mit Bodenhaftung, versiert und erfahren im politischen Geschäft, als eine Vorausdenkerin und Grande Dame der Politischen Bildung. Die Stiftung verliert mit ihr eine Vorsitzende, die das offene Wort nicht gescheut und immer für die Politische Bildung gebrannt hat. Was ist, was bleibt und was noch kommt – darüber haben wir mit ihr gesprochen.



Ursula Männle beim Festakt zur Verleihung des Franz Josef Strauß Preises an den rumänischen Staatspräsidenten S.E. Klaus Werner Iohannis am 2. Juni 2018 in der Allerheiligen-Hofkirche der Münchner Residenz.

Politische Studien: Frau Professor Männle, frei nach von Fallersleben: Männle ade – scheiden tut weh ... wie geht es Ihnen, wenn Sie an Ihr Aufhören als Stiftungsvorsitzende denken?

Ursula Männle: In meinem Leben habe ich schon viele Abschnitte begonnen und wieder abgeschlossen – im Gegensatz zu einigen anderen

habe ich mich auf dieses Ende bei der HSS vorbereiten können. Wehmut ist allerdings trotz aller Vorbereitung und geistiger Abstandsgewinnung schon dabei. Denn der Vorsitz der Stiftung vereinte die Tätigkeitsfelder meiner beruflichen und politischen Erfahrungen, als HSS-Seminarleiterin, Hochschulprofessorin, als Abgeordnete, als Ministerin. Aber da ich

„ In meinem Leben habe ich schon **VIELE** Abschnitte begonnen und wieder abgeschlossen.

ja noch immer diverse Betätigungen habe, wird es mir auch nach der Abgabe des Stiftungsvorsitzes sicherlich nicht langweilig werden. Vielleicht überwinde ich ja auch noch meine Abneigung gegen das Schreiben und verarbeite meine vielfältigen Erlebnisse in einem Buch ...

Sie haben einmal gesagt, dass es Ihr „Herzenswunsch“ gewesen sei, Stiftungsvorsitzende zu werden. 2014 wurden Sie dann zur Stiftungsvorsitzenden gewählt, nachdem Sie seit 1994 stellvertretende Vorsitzende waren. Hüpfen Ihr Herz noch?

Eigentlich schon, aber manchmal erhält es auch einen Stich. Es hüpfen, weil ich in meiner Zeit als Vorsitzende viele tolle Erfahrungen machen und großartige Menschen kennenlernen durfte. Den Stich deswegen, weil ich nicht alles, was ich mir vorgenommen hatte, umsetzen konnte.

Als Sie 1973 erste weibliche stellvertretende Vorsitzende der JU Deutschland wurden, war das noch etwas Besonderes. Ist Ihr Kampf für die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern erfolgreich gewesen und hat er sich gelohnt?

Es hat sich vieles getan in Sachen Gleichberechtigung. Deswegen hat sich jedes Engagement für die Gleichberechtigung ganz sicher gelohnt, auch wenn es noch einiges zu tun gibt. Aufpassen müssen wir, dass das, was bisher erreicht wurde, nicht als unumkehrbar betrachtet wird. Das bedeutet, wir müssen dafür kämpfen, das bisher Erreichte zu sichern bzw. weiterhin kontinuierlich auszubauen, bis eine tatsächliche Gleichberechtigung vorliegt.

Gibt es in der Politik heute Gleichberechtigung?

Nein.

Woran hapert es?

Zum einen an der Einstellung der Frauen gegenüber der Politik. Frauen dürfen außerdem nicht glauben, politische Ämter und Positionen werden ihnen auf dem „Silbertablett“ präsentiert. Sie müssen dafür schon auch eigenes Engagement entfalten, agieren und gegebenenfalls auch einen langen Atem haben. Außerdem sind die Parteistrukturen nach wie vor sehr männlich orientiert und domi-

”

Frauen dürfen nicht glauben, politische Ämter und Positionen werden ihnen auf dem „SILBERTABLETT“ präsentiert.

niert. Ich bin der festen Überzeugung, dass es hier einen Strukturwandel braucht. Früher war ich eine entschiedene Gegnerin einer Frauenquote, insbesondere in meiner Zeit in der Jungen Union. Mittlerweile bin ich der Überzeugung, dass ohne die Quote dieser Wandel nicht zu erreichen ist.

Kein Mann ist gegen Gleichberechtigung. Wo liegen denn dann die Probleme?

Theoretisch und abstrakt können die allermeisten Männer unterschreiben, dass sie für absolute Gleichberechtigung sind. Wenn es jedoch um die eigene Macht oder das eigene Mandat geht oder darum, dass Mann also ganz konkret selber etwas auf- bzw. abgeben muss, wird es allzu oft schwierig. Reden und Handeln ist halt immer noch zweierlei.

Stehen sich Frauen manchmal auch selber im Weg?

Früher war es sicherlich so, dass sich Frauen gegenseitig als Konkurrenz betrachtet haben. Dies war nachvoll-

ziehbar, weil es nur ganz wenige Positionen für sie gab. Nach einer Phase der gegenseitigen Unterstützung stelle ich heute eher fest, dass viele Frauen „geliebt“ werden wollen und sich deshalb dem anpassen, was von ihnen erwartet wird. Dadurch werden sie ein Stück weit zur Projektionsfläche der Männer. Und genau damit haben sie häufig schon verloren.

Als Frau hatten Sie in Ihrer Karriere auch immer wieder Gegenwind. Eine Zeitung hat Ihnen einmal den Spitznamen „Steh-auf-Männle“ gegeben. Woraus haben Sie Ihre Kraft geschöpft, immer weiter zu machen und immer wieder neu anzufangen?

Mein Vater hatte mir den Rat mitgegeben: „Lass Dir nichts gefallen!“ Meine Devise war schon in meiner Schulzeit „Jetzt erst recht – Euch zeig ich’s!“ In der Schule galt ich als konfliktfähig, konfliktbereit und meinungsstabil. Als meine damalige Lehrerin, die meinte, dass Politik unweiblich sei, mich bei der Abi-Feier verabschiedete, sagte sie: „Ich wünsche Dir, dass Du eine Hamm-Brücher wirst, aber im Sinne der Armen Schulschwester.“ Bei denen war ich nämlich auf der Schule, am Münch-

”

Wir müssen AUFPASSEN, dass das, was bisher erreicht wurde, nicht mehr als unumkehrbar betrachtet wird.

ner Anger. Sie hat wohl gemeint, dass ich, ähnlich wie die große, streitbare Liberale, in die Politik gehen sollte, aber vielleicht nicht ganz so ungemütlich und außerdem sollte ich die Werte bedenken, die wir bei den Armen Schulschwestern vermittelt bekommen haben. Das mit dem „nicht ungemütlich“ ist mir wohl nicht so ganz gut geglückt ...

Wenn Sie zurückblicken: Was ist der größte Wandel? Was ist eine gute, was eine schlechte Entwicklung?

Generell stelle ich fest, dass Veränderungen viel schneller und tiefgreifender erfolgen. Die Gesellschaft ist offener geworden und die Politik tut sich oft schwer, dem zu folgen. Die pluralen Anschauungen erfordern ständige Auseinandersetzung und Diskussion. Für den Einzelnen ist die Orientierung dadurch erschwert. Positiv finde ich die Vielfalt der Entscheidungsmöglichkeiten und die Freiheiten, die dahinterstehen. Negativ ist, dass vielen die Orientierung fehlt und dadurch vermeintlich einfachen Lösungen und vermeintlichen Meinungsführern nachgelaufen wird.

Theo Waigel nannte die „Ansbacher Erklärung“ (1991), in der die CSU jegliche Fristenregelung beim § 218 StGB ablehnte, Ihr Meisterstück. Sie haben sich auch erfolgreich für härtere Strafen bei Kinderpornographie eingesetzt. Welches politische Ereignis hat Sie am meisten beeindruckt?

Ich danke Theo Waigel für dieses Kompliment. In meiner eigenen politischen Karriere waren die Vorbereitungen der Ansbacher Erklärung wohl tatsächlich für mich ein wichtiges Ereignis. Ich konnte nämlich die völlig unterschiedlichen Ansichten in der CSU zum Thema Abtreibung zusammenführen und einen Kompromiss erreichen, dem so gut wie alle folgen konnten. Wir haben es geschafft, dass Frauen, die Schwangerschaftskonflikte hatten, nicht mehr auf die Anklagebank kamen. Vielmehr wurde auch die Verantwortung des Umfeldes und der Väter in den Blick genommen und die Notwendigkeit von psychologischer Unterstützung und konkreten Hilfen bei Schwangerschaftszwangslagen anerkannt.

Sehr wichtig war für mich aber auch die Strafmaßerhöhung beim Straftatbestand Kinderpornographie.

”

Mit ihren Wertediskussionen und vielen Grundsatzthemen FÖRDERT die HSS die Kenntnis und Diskussion über Lösungsansätze in der Politik.

Neu ins Strafgesetz aufgenommen und damit strafbar wurde auch der Besitz von kinderpornographischem Material. Außerdem bin ich noch heute stolz darauf, dass bei der Frage der Verjährungsfrist bei sexuellem Missbrauch von Kindern der Fraktionszwang durch den Einsatz von uns Frauen aufgehoben wurde und damit eine längere Verjährungsfrist durchgesetzt werden konnte. Und das, obwohl die FDP dagegen war und nach dem damaligen Koalitionsvertrag eigentlich eine gemeinsame Abstimmung mit dem Koalitionspartner FDP erforderlich gewesen wäre. Dadurch, dass die Abgeordneten nach ihrem Gewissen abstimmen konnten, wurde diese Gesetzesänderung erreicht. Wolfgang Schäuble versprach mir, dass er den Fraktionszwang aufheben würde, wenn ich FDP-Abgeordnete dafür gewinnen könnte, die Vorstellungen der CDU/CSU-Frauen zu unterschreiben. Mir glückte dies und Schäuble hielt sein Versprechen.

Sie mahnen immer wieder, dass unsere Demokratie gefährdet ist. Die Hanns-Seidel-Stiftung schützt in gewisser Weise mit ihren vielen Veranstaltungen zur Poli-

tischen Bildung vor einer Ansteckung mit Demokratiegefährdung. Was ist noch zu tun?

Der Anstoß für mich, in die Politik zu gehen, waren die Erfahrungen aus dem Nazi-Regime und dem Zweiten Weltkrieg. „Nie wieder!“, dieser Satz motivierte mich. Mit unseren Wertediskussionen und vielen Grundsatzthemen fördern wir in der HSS die Kenntnis und die Diskussion über Lösungsansätze in der Politik. Wir geben dadurch Orientierung. Wichtig erscheint mir, dass der Schritt zum Engagement der Menschen in der Gesellschaft, zum konkreten Handeln erfolgt. Jede Generation muss zudem neu für die Demokratie gewonnen werden. Erfahrungen lassen sich nicht vererben, die müssen selbst gemacht werden.

Sie haben viele unserer Auslandsprojekte persönlich besucht, um sich ein konkretes Bild von der Lage vor Ort zu machen. Mal weg von den Projektinhalten – wo hat es Ihnen am besten gefallen?

Das ist schwer zu sagen, aber natürlich hat mich immer mit Stolz erfüllt, wie sehr die Arbeit der HSS im Aus-

”

Die Gesellschaft ist offener geworden und die Politik tut sich oft SCHWER, dem zu folgen.



Schon als junge Politikerin engagierte sich Ursula Männle und war in zahlreichen Gremien und Arbeitsgemeinschaften der CSU tätig, bald schon auch in Führungspositionen.

land geschätzt und anerkannt wird – oft mehr als im Inland. Ich kann gar nicht sagen, wo es mir am besten gefallen hat, da die Länder zu unterschiedlich und die Erfordernisse unserer Arbeit zu verschieden sind. Faszinierend sind immer die Begegnungen mit den Menschen und da ganz besonders mit herausragenden Persönlichkeiten des jeweiligen Landes. Beeindruckt war ich von dem damals unter Hausarrest stehenden früheren Präsidenten Chiles, Eduardo Frei Montalva. Auch die Begegnung mit Nelson Mandela war ein herausragendes Ereignis, nicht nur

aufgrund des riesigen Größenunterschieds zwischen uns (er 1,85 m – ich 1,60 m).

Weil Sie auch viele ausländische Gäste empfangen haben ... was war das kurioseste Gastgeschenk, das Sie je erhalten haben?

Befremdlich war für mich immer wieder mein eigenes Portrait, z. B. in einen Teppich gewebt oder auf Rinderhaut geritzt oder gemalt – Personenkult ist mir fremd. Außerdem habe ich in Mauretanien einmal zwei Kamele geschenkt bekommen, die ich

„Die Stiftung verfügt gerade in der Zusammenschau und im Zusammenwirken über ungeheure **POTENZIALE**.“

aber dort gelassen und an ein Frauenprojekt weitergegeben habe, allerdings ohne, dass dies die Schenker bemerkt hätten. Bezeichnend waren auch silberne Sporen von einem hochrangigen Altstipendiaten in Lateinamerika mit der Bemerkung, ich möge der Stiftung die Sporen geben.

Andere Länder, andere Sitten, sagt man ... welchen landestypischen Brauch fanden Sie am bemerkenswertesten?

Die unterschiedlichen Begrüßungsrituale in den verschiedenen Ländern haben mir immer gut gefallen. In der Ukraine wird man z. B. mit Brot und Salz empfangen, in Indien wird einem ein roter Punkt auf die Stirn gemalt und eine Blumengirlande um den Hals gehängt. Das ist eine Würdigung der Gäste und sichtbares Zeichen des Willkommens.

Was würden Sie als Ihren größten Erfolg für die Stiftung bezeichnen?

Mein Ziel war, die einzelnen Abteilungen der Stiftung, die jeweils spezifische Aufgabenstellungen verfolgen, näher zusammenzubringen. Das Gefühl zu vermitteln, wir sind EINE Stif-

tung. Um dies zu erreichen, diente z. B. der Leitbildprozess und die gemeinsame Erarbeitung von Schwerpunkten mit der jeweils spezifischen Umsetzung. Aber auch die gemeinsame Bearbeitung eines Themas in all seinen Facetten wie z. B. die Herausforderung der Migrations- und Flüchtlingskrise. Hier waren sowohl Auslands- als auch Inlandsabteilungen und viele Referate beteiligt. Das Ergebnis war beeindruckend: Zusammen sind wir stark! Die Stiftung verfügt gerade in der Zusammenschau und im Zusammenwirken über ungeheure Potenziale.

Und was ist Ihnen nicht so geglückt, wie Sie sich das gewünscht haben?

Manches dauert halt leider einfach sehr, sehr lange ...

Sie haben auch immer wieder publiziert, vom Kochbuch bis hin zur kleinen „Fibel für die politische Praxis“. Was würde in Ihrem kleinen „Kochbuch für das Leben“ stehen?

Hinfallen ist keine Schande, Liegenbleiben schon. Bleib dran! Mach weiter! Steh zu Deinen Überzeugungen!

Neben ihren Ehrenämtern sind Sie ja auch noch Wirtin der Pfälzer Residenzweinstube in der Münchner Residenz, ebenfalls ein Ort der Kommunikation. Ihr Lieblingswein?

Meine Lieblingsweine sind die beiden trockenen Rieslinge, die in der Weinstube unter der Ziffer 5a bzw. 8 angeboten werden – aus der Pfalz versteht sich.

Außerdem sind Sie für die Krippensammlung von Mathilde Berghofer-Weichner mit ihren mehr als 1.000 Exponaten selber auf „Herbergssuche“. Gibt es schon Konkreteres?

Ich würde gerne endlich die Sammlung Christliche Volkskunst an dem Ort, den noch Mathilde Berghofer-Weichner ausgesucht hat, nämlich im Kloster Waldsassen, ausstellen. Momentan sind die Exponate fast das ganze Jahr in den Kellergewölben des Klosters gelagert. Für eine Ausstellung bedarf es noch einer Baumaßnahme, die finanziell noch nicht gesichert ist. An der Umsetzung arbeite ich. Wenn das auf absehbare Zeit nicht klappen sollte,

gäbe es einen alternativen Standort. Ich bleibe dran.

Wenn Sie – wovon eigentlich nicht auszugehen ist – jetzt mehr Zeit haben: Schwimmen Sie dann öfter im Starnberger See?

Im Sommer auf jeden Fall, ich hoffe deswegen auf einen schönen Sommer 2020 und viele schöne Sommer danach.

Sie sind auch Honorarkonsulin von Marokko – ein weiteres Betätigungsfeld.

Leider ist das ein Titel ohne Mittel. Aber es ist schön, dieses Land zu vertreten und sich für seine Geschicke einzusetzen. Gegenüber früher muss ich mich aufgrund der Migration heute mehr mit Einzelschicksalen befassen – ich helfe, wo ich kann.

Was wünschen Sie Ihrem Nachfolger?

Meinem Nachfolger Markus Ferber wünsche ich Mut zu Neuem und dabei sowohl Konflikt- wie auch Kompromissbereitschaft.

”

Meinem Nachfolger Markus Ferber wünsche ich Mut zu **NEUEM**.

Und was wünschen Sie der Stiftung?

Anerkennung ihrer Leistungen auch durch die Politik.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Thomas Reiner, Leiter Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// IM ZEITGESPRÄCH:
PROF. URSULA MÄNNLE

Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Zur Person:

Nach dem Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Neueren Geschichte begann Ursula Männles berufliche Karriere als wissenschaftliche Assistentin an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Von 1976 bis 2009 war Männle Professorin an der Katholischen Stiftungsfachhochschule für Sozialwesen München, zehn Jahre Vizepräsidentin des Hochschullehrerbundes und von 2009 bis 2015 Mitglied des Hochschulrates der Hochschule München. Außerdem war sie Vorsitzende verschiedener katholischer Frauenverbände auf Diözesen- und Bundesebene und auch in der Weltunion katholischer Frauenorganisationen war sie Vizepräsidentin. 1964 trat sie in die CSU, JU und FU ein und war 1966/67 Landesvorsitzende des RCDS. Sie

hatte diverse führende Positionen in den verschiedenen Gremien und Arbeitsgemeinschaften der Partei inne. So war sie z. B. die erste stellvertretende weibliche Bundesvorsitzende der JU Deutschland oder zehn Jahre Landesvorsitzende der FU. Dem Landesvorstand der CSU gehörte sie als gewähltes Mitglied 33 Jahre lang an, davon 20 Jahre dem Präsidium. Jeweils 13 Jahre lang war Prof. Männle Mitglied des Deutschen Bundestages und des Bayerischen Landtags. Dazwischen war sie Bayerische Staatsministerin für Bundesangelegenheiten. Seit 1994 stellvertretende Vorsitzende der HSS, wurde sie 2014 zur Vorsitzenden gewählt. Ihr Amt gibt sie vor Ablauf der eigentlichen Amtsperiode 2022 aus freien Stücken zum 31. Dezember 2019 auf.

/// Einführung

ABGEHÄNGT AUF DEM LAND?

VERENA HAUSNER /// Das Leben auf dem Land mag vielen schön, idyllisch und erstrebenswert vorkommen, aber die Realität sieht vielerorts oft anders aus. Regionen wirken unterversorgt und abgehängt. Das fördert unter Umständen den Zuzug in die ohnehin schon überlasteten Städte und Metropolregionen. Was kann, was muss für mehr Ausgewogenheit zwischen Stadt und Land und damit auch deren Lebensqualität getan werden?

Landleben kann sehr schön und segensreich sein. Das zeigen nicht nur angesagte Trendmagazine wie „Landleben“ oder die allgemeine Rückbesinnung auf Heimat und Tradition. Gute Luft, wunderbare Landschaften, Vereinsleben, viel Platz, wenig Verkehr ... das Leben auf dem Land kann aber auch schwierig sein. Kein Arzt im Ort oder Umkreis, kein Laden in der Nähe, kein Kindergartenplatz, der letzte Bus fährt um 18.12

Uhr und ohne eigenes Fahrzeug ist man schlichtweg aufgeschmissen. Wie konnte es dazu kommen? Wurden Regionen und ihre Bewohner in den letzten Jahren vernachlässigt? Wurde deren Anschluss verschlafen?

Diese Problemlagen hat die Staatsregierung schon länger erkannt und ihre Infrastrukturpolitik dementsprechend ausgerichtet. Die Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse



Nicht nur Familien zieht es neuerdings wieder aufs Land. Auch junge Leute und Ruheständler entdecken die Lebensqualität der Region.

und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern sind Staatsauftrag und haben eine hohe Priorität, wie Innenminister Joachim Hermann grundlegend aufzeigt. Mit Finanzausgleichsleistungen und vielseitigen Förderprogrammen unterstützt der Freistaat die Kommunen dabei. Die ländlichen Regionen müssen, gerade angesichts des demografischen Wandels, in vielerlei Hinsicht gestärkt und attrak-

tiv gestaltet werden. So bedarf es u. a. einer flächendeckenden Nahversorgung, eines leistungsfähigen öffentlichen Verkehrssystems und einer guten Breitbandversorgung. Aber auch die kulturellen Einrichtungen und Angebote in der Region dürfen nicht vergessen werden und grundlegend ist natürlich die Sicherstellung einer bedarfsgerechten und flächendeckenden medizinischen Versorgung.

Schon seit Längerem herrscht hier überwiegend auf dem Land ein Mangel an Hausärzten, was dort zunehmend die gesundheitliche Grundversorgung gefährdet. Gründe dafür finden sich, wie der Vorsitzende des Bayerischen Hausärzterverbandes, Markus Beier, in seinem Beitrag erläutert, u. a. in einer sich wandelnden Arbeitswelt, aber auch

Die REGIONEN kennzeichnen zunehmend demografische und infrastrukturelle Probleme.

in den ganz konkreten Gegebenheiten vor Ort. Die Work-Life-Balance muss heutzutage stimmen, aber auch die infrastrukturellen Voraussetzungen. Daran sowie an einem positiven Image des Allgemeinarztes prinzipiell wird derzeit schon erfolgreich gearbeitet. Hausarzt ist und bleibt am Ende aber immer auch ein Herzensberuf, betont Beier.

Eine Herzensangelegenheit war dem Sänger Thomas E. Bauer die Aktivierung der kulturellen Infrastruktur Ostbayerns. Zusammen mit dem Architekten Peter Haimerl realisierte er bis 2014 in seiner kleinen Heimatgemeinde Blaubach die Idee eines mittlerweile deutschlandweit bekannten Konzerthauses. Das Prinzip, auf welchem das sehr erfolgreiche Projekt fußt, erklärt der Kulturstrategie des Konzerthauses Blaubach, Björn Johannsen, in seinem Beitrag. Der Intendant Thomas E. Bauer und sein Team verfolgen als ihr Ziel „Weltklasse im Dorf“. Damit stellen sie sich weder in Konkurrenz zu den vielerorts im ländlichen Raum bereits vorhandenen multifunktional ausgerichteten Kultureinrichtungen noch zu den marktwirtschaftlich orientierten großstädtischen Kulturtempeln. Im Konzerthaus Blaubach setzt man vielmehr rein auf die Ressource der klassischen Musik auf hohem Niveau und liefert derart einen Beitrag zur Sicherstellung

der kulturellen Infrastruktur in der Region. Der Erfolg gibt dem Konzept Recht: Nicht nur Münchner fahren zwei Stunden und länger für ein Konzert nach Blaubach. Von „Abgehängtsein“ auf dem Land kann hier keinesfalls die Rede sein.

Abgehängt fühlten sich aber die Bewohner im Landkreis Donau-Ries. In vielen Orten dort gibt es keine Einkaufsmöglichkeiten mehr und wer nicht mobil ist, hat das Nachsehen. Abhilfe wurde hier mit den sogenannten Dorfläden geschaffen. Barbara Wunder, die Koordinatorin des Dorfladennetzwerkes Donau-Ries, erklärt im Interview die Organisation und Funktionsweise der Initiative. Die mittlerweile zehn Läden basieren auf dem genossenschaftlichen Prinzip mit Anteilen und Eigenleistung – ein Laden von den Dorfbewohnern für die Dorfbewohner. Neben der Versorgung vor Ort, u. a. auch mit regionalen Produkten, fungiert er auch als zentrale Anlaufstelle und sozialer Treffpunkt. Der Erfolg gibt dieser Idee Recht. Sie bringt einen Mehrwert für alle und sei somit zur Nachahmung empfohlen.

Zentraler Treffpunkt und wichtige soziale Institution in einem Dorf ist auch das Wirtshaus. Es verkörpert gelebte bayerische Kultur und ist eine Institution mit langer Tradition. Leider ist diese Institution zunehmend in Gefahr: Es ist bayernweit ein Wirtshaussterben festzustellen und das hat auch strukturpolitische Auswirkungen. Denn wo das Dorfgasthaus stirbt, stirbt laut einer Studie der Universität Eichstätt-Ingolstadt auch der Ort. Es ist daher nicht nur eine Herausforderung, sondern auch ein Gebot, das „öffentliche Wohnzimmer“ im Dorf zu erhalten sowie die Gastronomie als wichtigen Wirtschaftsfaktor Bayerns zu un-

terstützen, wie Thomas Geppert, der Landesgeschäftsführer des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern dazu eindringlich schreibt. Er zeigt dabei neben einem Problemaufriss auch Maßnahmen sowohl der Verbände als auch staatlicherseits auf. So hat die Bayerische Staatsregierung beispielsweise gegen das Wirtshaussterben das Förderprogramm „Zukunft für das Bayerische Gastgewerbe“ entwickelt, eine Initialzündung zur Wiederbelebung der Wirtshauskultur, v. a. im ländlichen Raum.

Das WIRTSCHAUS als zentraler Treffpunkt und wichtige soziale Institution in einem Dorf muss erhalten werden.

Auf dem Land zu leben ist schön und bietet viel Lebensqualität. Und deswegen suchen viele neuerdings nach hektischen berufsbedingten Jahren in der Stadt im Rentnerdasein wieder vermehrt bewusst die Ruhe und Beschaulichkeit in der Region. Aber auch bei jungen Leuten ist mittlerweile ein Trend zur Stadtfucht zu beobachten. Nicht wenige kehren nach einigen Jahren in der Großstadt gerne wieder in ihre Heimat zurück, dahin, wo sie ihre Familie und ihre Wurzeln haben, um sich dort z. B. als Gründer eine eigene Existenz aufzubauen oder in den Familienbetrieb mit neuen Ideen und modernen Versionen und Visionen einzusteigen. Wiederum andere treibt die Enge, die

Hektik, das immer anstrengender und teurer werdende Leben wieder aus der Urbanität. Allgemein ist seit einiger Zeit auch eine Rückbesinnung auf Heimat und Tradition zu verzeichnen.

Diesen positiven Trend, diesen Schwung sollte man unbedingt aufgreifen, unterstützen und nutzen, um einer infrastrukturellen Verödung und dem demografischen Wandel in der Region wirksam und belebend entgegenzuwirken und damit auch die Metropolen zu entlasten. Auf dem Land „hängt man nicht tot über dem Zaun“, wie zahlreiche Initiativen und Möglichkeiten beweisen. Eine Landpartie ist keine Hängepartie und schon gar nicht muss man da einsam, vergessen und abgehängt leben. Es tut sich schon viel auf dem Land und was noch nicht ganz passt, kann man passend machen. ///



/// VERENA HAUSNER

ist Stv. Redaktionsleiterin der Politischen Studien und Publikationen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Das KONZERTHAUS BLAIBACH hat mit einem mutigen und eigenständigen Konzept Hochkultur nach Ostbayern gebracht.

/// Chancenland Bayern

BESTE LEBENSBEDINGUNGEN IN STADT UND LAND

JOACHIM HERRMANN /// Für die Stärkung des ländlichen Raums haben wir in Bayern einen klaren Verfassungsauftrag: Die Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen im ganzen Freistaat, in Stadt und Land, ist als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung verankert. Dieser Auftrag wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch weiter an Bedeutung gewinnen, weil der demografische Wandel das Bevölkerungsbild der Landkreise und Gemeinden verändern wird.

Die aktuelle regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Statistik zeigt, dass der Freistaat Bayern als Ganzes zwar auch in Zukunft wachsen wird, von diesem Wachstum jedoch ganz überwiegend die größeren Städte und angrenzende Landkreise profitieren. Im Gegensatz dazu wird es insbesondere im Norden und Osten Bay-

erns auch weiterhin Räume mit rückläufigen Einwohnerzahlen geben. Überall wird der Altersdurchschnitt steigen.¹ Mit Blick auf die zu erwartende Altersstruktur und Bevölkerungsentwicklung müssen die ländlichen Regionen daher nachhaltig gestärkt werden, um diese – gerade auch für junge Menschen – attraktiver zu gestalten.



Das Landleben ist mittlerweile nicht mehr so öde und verlassen, wie es mancherorts erscheinen mag. Auch in der Region gibt es bereits gute Lebensbedingungen.

Die Frage, ob sich der Einzelne oder sogar ganze Regionen „abgehängt“ fühlen, entscheidet sich für die Menschen ganz konkret an dem Ort, an dem sie leben. Von ihrer Kommune erwarten sie zu Recht, dass die notwendigen Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung gestellt werden. Leicht zu erreichende und ortsnahe Einrichtungen der Daseinsvorsorge sowie Behörden spie-

len bei der Herstellung und Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse also eine ganz wesentliche Rolle.²

Daseinsvorsorge

Unter kommunaler Daseinsvorsorge versteht man Einrichtungen und Leistungen, welche die Bedingungen schaffen, die für das Leben und Zusammenleben der Bürger in einer örtlichen Gemeinschaft essenziell sind. Daseinsvorsorge geht weit über eine bloße Grundversorgung hinaus.³ Welche Art von Leistung konkret benötigt wird, hängt von vielen Faktoren wie der Größe der Kommune, der Anzahl der Ortsteile, dem Vorhandensein von Einrichtungen im weiteren Einzugsbereich und auch den soziokulturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen ab.⁴

**Die ländlichen Regionen
müssen gestärkt und ATTRAKTIV
gestaltet werden.**

Für die Attraktivität der ländlichen Regionen spielt Mobilität eine große Rolle. Sie ist ein entscheidender Faktor dafür, ob Unternehmen an ihrem Standort in der Region in Zukunft konkurrenzfähig bleiben und die Menschen auch im ländlichen Bereich leicht erreichbare Arbeitsstellen finden. Ein leistungsfähiger, kostengünstiger und zuverlässiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) sowie die Anbindung daran über ein gut ausgebautes Straßennetz sind für die Bewohner im ländlichen Raum darum unabdingbar, um am Arbeits- und Wirtschaftsleben teilzunehmen. Darum hat die Staatsregierung neben dem Bundes- und Staatsstraßennetz auch die Kommunalstraßen fest im Blick. 2018 flossen Zuwendungen in

Für die ländliche Region ist ein leistungsfähiger und kostengünstiger ÖPNV GRUNDLEGENDE.

Höhe von 231 Millionen Euro in kommunale Straßenbauvorhaben. Darüber hinaus unterstützen wir die Kommunen mit Mitteln aus dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz mit pauschalen Fördermitteln für den Straßenunterhalt. 292 Millionen Euro wurden dafür 2018 investiert. Und für den ÖPNV haben wir die Förderung an Landkreise und kreisfreie Städte 2019 auf nunmehr über 94 Millionen Euro aufgestockt. Ein finanzieller Kraftakt, um einen starken und leistungsfähigen ÖPNV im ganzen Freistaat zu gewährleisten.

Essenziell für eine gute Daseinsvorsorge im digitalen Zeitalter ist natürlich auch eine leistungsfähige, flächendeckende Breitbandversorgung. Denn die Verfügbarkeit von schnellem Internet ist eine Grundvoraussetzung, um an den technologischen Errungenschaften und Potenzialen der Digitalisierung zu partizipieren. Nur mit einer guten und schnellen Internetverbindung überall im Land wird es gelingen, in allen Regionen Bayerns Unternehmen mit guten Zukunftsaussichten anzusiedeln. Obwohl weder der Freistaat Bayern, noch die Kommunen für den Ausbau zuständig sind, treiben wir den Breitbandausbau in der Fläche darum freiwillig mit einem 1,5 Milliarden Euro umfassenden bayerischen Breitband-Förderprogramm voran. Nicht zuletzt dank der Erfolgsgeschichte dieser Maßnahme haben inzwischen 94% der bayerischen Haushalte Zugang zu schnellem Internet⁵. Und nach Abschluss aller aktuell laufenden und bisher geplanten Maßnahmen werden sogar über 99% der bayerischen Haushalte mit schnellem Internet erschlossen sein.

Dabei ist ein leistungsfähiger Anschluss an die Datenautobahn nicht nur für die wirtschaftliche Weiterentwicklung unerlässlich, sondern bietet auch Chancen für moderne Lebensbedingungen und die Attraktivität Bayerns insgesamt. So werden webbasierte Dienstleistungen zunehmend einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Behördengänge überflüssig zu machen und Leistungen der Verwaltung online abzurufen. Mit einem eigenen Masterplan zur Digitalisierung der Verwaltung verfolgt die Staatsregierung deshalb das ehrgeizige Ziel, ihre Verwaltungsleistungen online-fähig zu gestalten.

Außerdem erwarten die Bürger im Sinne einer guten Daseinsvorsorge na-

türlich auch eine bedarfsgerechte und flächendeckende medizinische Versorgung. Insbesondere ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen sind auf eine wohnortnahe medizinische Versorgung angewiesen. Deshalb ist es der Bayerischen Staatsregierung ein überaus wichtiges Anliegen, die medizinische Versorgung in der Fläche auf qualitativ hohem Niveau sicherzustellen. Wir unterstützen darum die Niederlassung von Ärzten und Psychotherapeuten in ländlichen Regionen. Mit bis zu 60.000 Euro fördern wir aktuell über 500 Niederlassungen und Filialen. Diese Zahlen zeigen eindrucksvoll den Erfolg dieser Maßnahme. Und auch die voranschreitende Digitalisierung leistet bei der Gesundheitsvorsorge wertvolle Dienste. Ich denke hier nur an den „Telenotarzt“, der aktuell in einem Pilotprojekt erprobt wird und künftig unseren Rettungsdienst ergänzen soll.

Die Bayerische Staatsregierung fördert die bedarfsgerechte und FLÄCHENDECKENDE medizinische Versorgung.

Schließlich ist auch das wohnortnahe Angebot von Schulen eine wesentliche Voraussetzung für gute Lebensbedingungen. Mit aktuell mehr als 5.500 Schulen gewährleisten wir in Bayern eine flächendeckende schulische Versorgung. Und gemäß unserem Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ wollen wir die von der Staatsregierung bereits

in der letzten Legislaturperiode ausgesprochene „Grundschulgarantie“ auch weiterhin umsetzen. Während andere Länder Grundschulen in der Fläche schließen, werden wir auch kleinere Schulstandorte durch individuelle, passgenaue und am Bedarf vor Ort orientierte Lösungen erhalten, damit Bayerns Schüler überall besten Zugang zu Bildung haben.

Starke Kommunen – starker Freistaat

Starke und finanziell gut ausgestattete Kommunen sind das feste Fundament für die hohe Lebensqualität überall bei uns in Bayern. Denn den Kommunen kommt bei der Sicherung und Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine tragende Rolle zu. Und diese Verantwortung nehmen sie auch selbstbewusst und hocheffektiv wahr. Die Staatsregierung setzt darum auf die kommunale Selbstverwaltung. Das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen ist eines der Grundprinzipien unseres demokratischen Gemeinwesens und gewährt den Kommunen grundsätzlich das Recht, nach eigenem pflichtgemäßem Ermessen darüber zu entscheiden, ob und wie sie eine bestimmte Angelegenheit erledigen.⁶

Die Kommunen in Bayern sind generell gut gerüstet, um ihrer wichtigen Rolle für die Sicherung und Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ländlichen Raum gerecht zu werden und diese vielfältigen Anforderungen meistern zu können. Die Finanzlage unserer bayerischen Kommunen ist deutlich besser als in den meisten anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Erfreulicherweise sind die kommunalen Steuereinnahmen im Freistaat Bayern im letzten Jahr, ausgehend von einem

Rekordniveau, nochmals um 7,1 % auf rund 20 Milliarden Euro gestiegen.

Alleine mit ihren Steuereinnahmen können die Kommunen die vielfältigen Herausforderungen jedoch nicht stemmen. Damit die bayerischen Kommunen ihre Aufgaben zuverlässig und kraftvoll erfüllen können, unterstützt der Freistaat Bayern darum seine Städte, Märkte und Gemeinden nach Kräften bei der Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben. Wesentlicher Faktor dieser Unterstützung ist der Kommunale Finanzausgleich, der die Leistungsfähigkeit der Kommunen weiter verbessert. Die mit dem Kommunalen Finanzausgleich verbundene Umverteilung trägt außerdem dazu bei, dass im ganzen Land gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden. Ich freue mich deshalb, dass die Finanzausgleichsleistungen 2019 auf fast 9,97 Milliarden Euro steigen werden. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um stattliche 435,7 Millionen Euro.

Der Freistaat Bayern unterstützt mit dem KOMMUNALEN FINANZAUSGLEICH gleichwertige Lebensverhältnisse.

Neben dem Kernelement der Schlüsselzuweisungen erhalten die Kommunen im Rahmen des Finanzausgleichs unter anderem Zuweisungen zu kommunalen Hochbaumaßnahmen (also für Schulen, Kindertageseinrichtungen und sonstige öffentliche Einrichtungen wie Theater und Konzertsaalbauten) oder für die Krankenhausfinanzierung.

Strukturschwache Kommunen erhalten zudem Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen. Auch in Zukunft wird die Staatsregierung im Schulterschluss mit den kommunalen Spitzenverbänden gewährleisten, dass die finanziellen Leistungen des Kommunalen Finanzausgleichs verstetigt und bedarfsgerecht angepasst werden.

Vielseitige Förderprogramme

Neben den Finanzausgleichsleistungen unterstützt der Freistaat Bayern seine Kommunen auch mit zahlreichen Förderprogrammen, um das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse noch weiter mit Hochdruck voranzutreiben.⁷ In verschiedenen Städtebauförderungsprogrammen werden Finanzhilfen für die städtebauliche Erneuerung bereitgestellt, damit Stadt- und Ortsteile in ihrer Funktion Struktur und Gestalt erhalten, erneuert und weiterentwickelt werden können. Im vergangenen Jahr wurde dafür eine Rekordsumme von 445 Millionen Euro an 868 Städte und Gemeinden ausbezahlt.⁸ Dörfer bis zu 2.000 Einwohnern können außerdem mit dem Bayerischen Dorfentwicklungsprogramm planerisch, finanziell und organisatorisch bei Dorferneuerungsmaßnahmen unterstützt werden. Dadurch können ländlich strukturierte Dörfer oder Gemeindeteile vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, des Strukturwandels in der Landwirtschaft und des Klimawandels auf künftige Erfordernisse vorbereitet werden.

Und mit dem kommunalen Wohnraumförderprogramm unterstützt der Freistaat Bayern Gemeinden dabei, selbst angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu planen und zu bauen. Auch hier haben wir 2018 ein Rekord-

ergebnis vorzuweisen: Mit insgesamt 886 Millionen Euro⁹ haben wir den Neu- und Umbau sowie die Modernisierung von über 10.200 Miet- und Eigentumswohnungen gefördert – für hinreichend Wohnraum überall bei uns im Land.

Interkommunale Zusammenarbeit

Bayerns Kommunen stehen vor vielfältigen Herausforderungen, die innovative Lösungsansätze erfordern. Die Bevölkerungsentwicklung, die technologischen Entwicklungen, der wachsende Wettbewerb der Regionen im europäischen und globalen Kontext sowie die gestiegenen Erwartungen der Bürgerschaft und der Unternehmen an Art und Qualität kommunaler Leistungen stellen immer größere Anforderungen an unsere Kommunen. Interkommunale Zusammenarbeit ist dabei eine zukunftsweisende Strategie mit hohem Potenzial. Zur Sicherung ihrer Leistungs- und Handlungsfähigkeit nehmen darum zahlreiche Kommunen Aufgaben gemeinsam wahr, ohne dabei ihre Eigenständigkeit und Identität zu verlieren.

INTERKOMMUNALE Zusammenarbeit ist die zukunftsweisende Strategie.

Und die Erfahrung zeigt, etliche Aufgaben lassen sich in interkommunaler Zusammenarbeit besser, schneller, wirksamer, in größerer Vielfalt und wirtschaftlicher erledigen. Positive Effekte zeigen sich in mehrfacher Hinsicht:

- So ermöglichen Kooperationen durch Synergieeffekte einen wirtschaftlicheren Einsatz finanzieller, personeller und technischer Ressourcen.
- Die Zusammenlegung identischer Prozesse verringert Doppelstrukturen in der Aufgabenerfüllung.
- Spezialisiertes Fachpersonal kann effizienter eingesetzt werden.
- Kommunen können Verantwortung und die Finanzierungsrisiken auf mehreren Schultern verteilen.
- Interkommunale Zusammenarbeit verbessert und erweitert das Leistungsangebot der Kommunen.
- Abgestimmte Planungen schonen Ressourcen und schützen damit die natürlichen Lebensgrundlagen.

Es gibt also viele gute Gründe, mit Nachbarkommunen partnerschaftlich zum Wohl der Bürger zusammenzuarbeiten. Die Staatsregierung unterstützt daher interkommunale Kooperationen, wo immer es möglich und sinnvoll ist.

Unterstützung des Ehrenamtes und des Sports

Auch das bürgerschaftliche Engagement leistet einen wichtigen Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen. Das ehrenamtliche Engagement vieler Frauen und Männer beispielsweise in den gemeindlichen Feuerwehren und freiwilligen Hilfsorganisationen ist bei uns im Freistaat vorbildlich. Rund 430.000 der ca. 450.000 Rettungskräfte setzen sich ehrenamtlich für ihre Mitmenschen in Not ein. Ein solch großartiges bürgerschaftliches Engagement findet sich in kaum einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland. Wir können darum mit Stolz sagen: Bayern ist Ehrenamtsland.

Gerade auch in den ländlichen Regionen gibt es zahlreiche ehrenamtlich ge-

tragene Initiativen wie Laientheatergruppen oder Gesangsvereine, die das kulturelle Leben einer Region bereichern und kommunale Angebote und Einrichtungen wie Bibliotheken und Theater sinnvoll ergänzen. Bürger schließen sich auch immer häufiger zusammen, um einen Dorfladen zu grün-

Das EHRENAMELICHE bürger-schaftliche Engagement vieler schafft gleichwertige Lebensverhältnisse.

den und so eine wohnortnahe Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern zu gewährleisten. Dieser herausragende ehrenamtliche Einsatz leistet einen maßgeblichen Beitrag zur hohen Lebensqualität im ländlichen Raum. Die Stärkung des Ehrenamts ist daher ein Herzensanliegen der Staatsregierung, das wir als Staatsziel in unsere Verfassung geschrieben haben und mit vielfältigen Programmen und Maßnahmen fördern.

Auch der Sport lebt maßgeblich vom ehrenamtlichen Engagement unserer Bürger. Der Einsatz der selbstlosen und zahlreichen Helfer ist unabdingbare Voraussetzung dafür, dass der Sport uns nicht nur gesund erhält, sondern auch das gesellschaftliche Miteinander in unserem Land überaus positiv prägt. Darum hat die Bayerische Staatsregierung die Mittel für den Sport nochmals stark erhöht, nämlich auf rund 97 Millionen Euro im Jahr 2020. Das bedeutet mehr als eine Verdopplung der bereitgestellten

Mittel seit 2013, als der Sport ins Bayerische Staatsministerium des Innern umressortiert worden ist.

Und mit unserem neuen staatlichen Sonderförderprogramm für den vereins-eigenen Sportstättenbau speziell in strukturschwachen Regionen fördern wir den Sport gerade auch im ländlichen Raum nachhaltig. In finanziell weniger leistungsfähigen Kommunen werden damit zusätzlich zu vorhandenen Förderprogrammen nochmals deutlich höhere staatliche Fördersätze für Baumaßnahmen an vereinseigenen Sportstätten gewährt. Allein dafür stellen wir im Doppelhaushalt 2019/2020 jährlich zusätzlich zehn Millionen Euro an Fördermitteln bereit.

Ich bin mir sicher, dieses Geld ist bestens angelegt. Jeder Euro zahlt sich aus, auch in unbezahlbaren gesellschaftlichen Werten, die der Sport für unser Land und seine Menschen leistet.

Bayerische Staatsregierung als starker und verlässlicher Partner der Kommunen

Förderung von Sport und Ehrenamt, Städte- und Straßenbaumaßnahmen, Stärkung des ÖPNV, beste finanzielle Voraussetzungen und zahlreiche Maßnahmenpakete zur Unterstützung der kommunalen Daseinsvorsorge, vom Breitbandausbau bis zur Gesundheits-

Die Bayerische Staatsregierung sorgt mit einer vorausschauenden Politik für GLEICHWERTIGE Lebensbedingungen.

versorgung – all das beweist, die Bayerische Staatsregierung tut alles in ihrer Macht Stehende, damit im Freistaat beste Lebensbedingungen herrschen. Wir sind dank einer vorausschauenden, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten Politik auf einem sehr guten Weg, Bayern auch in Zukunft so zu erhalten, dass die Menschen in den Städten wie auf dem Land gerne leben und beste Zukunftsperspektiven haben. „Gar nicht abgehängt“ ist bei uns keine leere Floskel, sondern täglicher Auftrag und Verpflichtung, damit Bayern im ganzen Land bleibt, was es ist: unsere lebens- und liebenswerte Heimat. ///



/// JOACHIM HERRMANN, MDL
ist Bayerischer Staatsminister des Innern,
für Sport und Integration, München.

Anmerkungen

¹ Bayerisches Landesamt für Statistik: Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2037, Beiträge zur Statistik Bayerns, 550/2018, S. 20, https://www.statistik.bayern.de/mam/statistik/gebiet_bevoelkerung/demographischer_wandel/a1820b_201800.pdf

² Bericht der Enquete-Kommission: Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern, LT-Drs. 17/19700, S. 91.

³ Schulz, Norbert / Wachsmuth, Hans-Joachim / Zwick, Wolfram (Hrsg.): Praxis der Kommunalverwaltung, Kommunalverfassungsrecht Bayern, Band 1, Art. 87 Gemeindeordnung, Anm. 1.6, 20. EL, Wiesbaden 2018.

⁴ Bericht der Enquete-Kommission, Gleichwertige Lebensverhältnisse, S. 91.

⁵ Mit Min. 30 Mbit/s.

⁶ Widtmann, Julius / Grasser, Walter / Glaser, Erhard (Hrsg.): Bayerische Gemeindeordnung, Art. 1 Rn. 26, 29. EL, München 2018.

⁷ Überblick Förderwegweiser, <https://www.frei-staat.bayern/dokumente/lebenslage/346782554931503>

⁸ Inkl. EU- und Bundesmittel; 318 Mio. Euro Landesmittel.

⁹ Einschl. 198 Mio. Euro Bundesmittel.

/// Allgemeinmedizin: Ja, von Herzen gerne

TRAUMBERUF LANDARZT?

MARKUS BEIER /// Jeder dritte Hausarzt in Bayern ist über 60 und wird sich in den nächsten Jahren in den Ruhestand verabschieden. Findet sich keine Praxisnachfolge, schließen diese Hausarztpraxen für immer. Das klingt dramatisch, doch so ist die Prognose ganz nüchtern betrachtet. Aber es gibt Hoffnung: Politiker und Ärzte tun einiges, um dieses Szenario abzuwenden.

Es fehlen Hausärzte. Besonders aus ländlichen Regionen erreichen uns täglich Hiobsbotschaften. Damit eine Region als ausreichend versorgt gilt, braucht es mindestens einen Hausarzt für 1.671 Einwohner.¹ Laut der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) ist dieses Arzt-Einwohner-Verhältnis in neun Planungsgebieten in Bayern nicht mehr gegeben. Die Gebiete tragen damit den Stempel „Drohend unterversorgt“. Die

Rechnung hat aber auch ihre Lücken. Das Arzt-Einwohner-Verhältnis berücksichtigt weder das Alter der Einwohner noch der Hausärzte. Gilt ein Planungsgebiet mit 10 Ärzten als „ausreichend versorgt“, sind diese Ärzte aber alle über 60, ist absehbar, dass die Region bald unterversorgt sein wird. Denn die Nachfolge regelt sich heute leider nicht mehr so schnell wie früher. Die heutige Generation hegt mehr Ansprüche. Das ist an



Hausärzte fehlen mittlerweile nicht mehr nur am Land. Es gibt allgemein zu wenig Allgemeinmediziner.

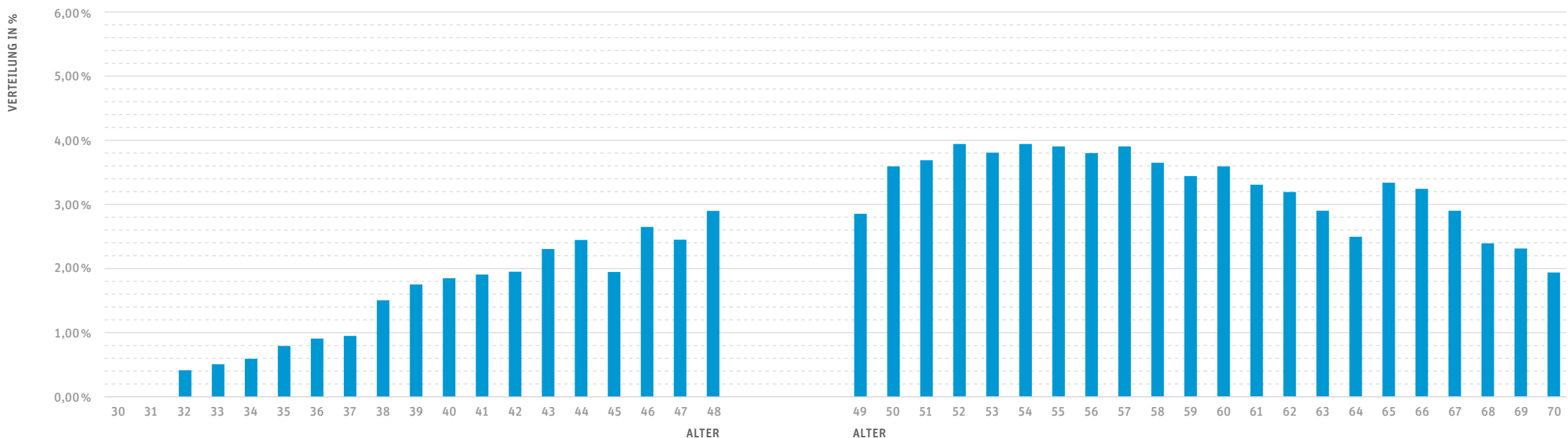
sich nichts Schlechtes, aber es stellt unser Gesundheitssystem vor enorme Herausforderungen.

Flexible Arbeitszeiten und Teilzeit-Boom

Wir erleben einen Wandel in der Arbeitswelt, den Wissenschaftler regelmäßig der sogenannten „Generation Y“, also jenen Männern und Frauen, die in den 80er- und 90er-Jahren geboren wurden, zuschreiben. Sie bevorzugen flache Hierarchien, das Arbeiten im Team sowie flexible Arbeitszeiten. Die zukünftigen Mediziner messen der Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf einen hohen Stellenwert zu. Anstel-

lung und Teilzeit liegen im Trend – Bedürfnisse, die sich nur schwer mit dem Bild des Landarztes alten Schlages, der meist als Einzelkämpfer unterwegs ist, in Einklang bringen lassen. Entsprechend hat sich die Zahl der Angestellten seit 2007 fast versechsfacht. Waren 2007 nur 5.600 Ärzte angestellt, waren es 2017 bereits 31.477.² Angesichts dieses stetigen Trends werden immer mehr Ärzte benötigt, um das Versorgungsniveau aufrecht zu erhalten. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der jetzt in das Berufsleben eintretenden Generation ist geringer als die der ausscheidenden Ärztegeneration. Zwei Hausärzte vom alten Schrot und Korn werden

Altersverteilung der Ärzte in Bayern



Quelle: KVB Versorgungsatlas 2019

künftig durch drei junge nachrückende Mediziner ersetzt werden müssen.

Das Verteilungsproblem

Der Hausärztemangel ist nicht nur eine Frage der Gesundheits-, sondern auch der Infrastrukturpolitik. Das Leben in der Stadt passt zur individuellen Lebensplanung vieler junger Mediziner. Bei einer Umfrage zu den Berufserwartungen von Medizinstudierenden lagen so-

genannte „weiche“ Kriterien bei der Wahl des zukünftigen Arbeitsplatzes vorne. Den angehenden Ärzten waren eine funktionierende Verkehrsanbindung, gute Jobaussichten für den Partner, Kitaplätze und Schulen für die Kinder sowie kulturelle Freizeitangebote wichtig. Das Einkommen spielte dagegen eine untergeordnete Rolle. Die Urbanisierung ist zwar kein neues Phänomen, aber wir haben das Problem, dass der Wandel der Arbeitswelt mit einer weiteren Entwicklung zusammenfällt. Der Anteil der Älteren in der Gesellschaft steigt und damit auch der medizinische Bedarf. Zusätzlich trägt eine fehlende Steuerung der Patienten dazu bei, dass wir rund 18 Arzt-Patienten-Kontakte je Einwohner und Jahr beobachten, die nicht unbedingt bedarfsgerecht sind.

Hausarztmangel in der Stadt

Der Hausarztmangel ist aber längst nicht mehr nur ein „Land-Problem“. Es gibt auch eine Fehlverteilung innerhalb großer Städte wie München, Nürnberg oder Augsburg. In München sind vor allem die nördlichen Stadtteile betroffen. In Milbertshofen / Am-Hart kommt ein Arzt auf 2.220 Einwohner, in Hadern auf 2.284 Einwohner. Die explosionsartigen Mietpreise sorgen außerdem dafür, dass es für Arztpraxen immer schwieriger wird, ausgebildetes Praxispersonal zu bekommen und zu halten. Medizinische Fachangestellte gehen oft zu größeren Krankenhäusern oder medizinischen Versorgungszentren. Mit dem Gehalt, dass sie dort bekommen, kann eine kleinere Hausarztpraxis nicht konkurrieren.

Neben der Fehlverteilung nach Regionen haben wir auch eine nach Disziplinen (Spezialist / Generalist). Derzeit erwerben bundesweit 89 % aller Ärzte eine von 77 spezialisierten Facharzt- und Schwerpunktbezeichnungen und nur 11 % werden Fachärzte für Allgemeinmedizin.³ Das Verhältnis von Spezialisten zu Generalisten ist damit völlig unausgewogen. Es gibt kein entwickeltes Land auf der Welt, in dem auf diese Weise eine qualitativ hochwertige, flächendeckende Grundversorgung in einer Gesellschaft des längeren Lebens möglich oder dauerhaft finanzierbar wäre. Wir brauchen mehr Allgemeinmediziner und wir müssen uns fragen: Wie schaffen wir es, dass ein Mediziner dort hinget, wo er benötigt wird?

Die jungen Ärzte legen Wert auf eine WORK-LIFE-BALANCE.

Vorurteile beseitigen

Um dem Medizinnachwuchs die ländliche Region schmackhaft zu machen, unterstützt der Freistaat eine Niederlassung in kleinen Gemeinden mit bis zu 60.000 Euro. Seit 2012 wurden dafür bereits 38 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.⁴ Finanzielle Anreize gibt es auch für Medizinstudierende. Die Stipendiaten werden monatlich mit 600 Euro unterstützt. Im Gegenzug verpflichten sie sich, ihre Weiterbildung im ländlichen Raum in Bayern zu absolvieren und im Anschluss dort weitere fünf Jahre ärztlich tätig zu sein. Auch die 2013 gegründete Stiftung Bayerischer Hausärzterverband unterstützt Medizinstudierende, die das Wahlterial im Praktischen Jahr am Ende des Studiums in einer Hausarztpraxis auf dem Land verbringen. Gemeinsam mit der Techniker Krankenkasse Landesvertretung Bayern fördert die Stiftung auch Famulaturen in Hausarztpraxen auf dem Land, indem sie für Fahrtkosten und die Unterkunft aufkommt.

Es gib **ZU WENIGE** Allgemeinmediziner.

Das ist ein sehr guter Anfang, aber wir wissen auch, Geld allein reicht nicht. Der Hausarztberuf ist ein Herzensberuf. Insbesondere auf dem Land begleitet man seine Patienten über Generationen hinweg. Die Freude an der Arbeit mit Menschen ist Grundvoraussetzung. Damit die Studierenden diese Seite des Hausarztberufs so früh wie möglich erleben können, engagieren sich Ärzte,

Kommunen und Krankenhäuser in einzigartigen Initiativen wie zum Beispiel der „Ferienakademie Altmühlfranken“. Hier können Medizinstudierende über vier Tage hinweg im klinischen Studienabschnitt Arbeitsbedingungen in der Praxis und Klinik kennenlernen. In Westmittelfranken gibt es seit 2016 die Initiative „Ärzte schnuppern Landluft“, die von einer Handvoll Landärzten und kooperierenden Kliniken gegründet wurde. Im Landkreis Hassberge gibt es den „Main Sommer“, in Oberfranken das Projekt „Oberfranken Offensiv“.

Sie alle bemühen sich, mit dem Vorurteil des einsamen Einzelkämpfers aufzuräumen. Die vielbeschworene Work-Life-Balance kann auch auf dem Land hervorragend gestaltet werden. Man muss nicht mehr rund um die Uhr für die Patienten erreichbar sein. Heute gibt es eine verlässliche Bereitschaftsdienstordnung, die es jedem Arzt ermöglicht, am Abend mit seiner Familie zusammen zu sein. Wenn man sich in einer Gemeinschaftspraxis organisiert, ist es kein Problem, in Teilzeit zu arbeiten. Sprechstunden können flexibel abgesprochen werden. Es gibt sogar die Möglichkeit, in der Stadt zu wohnen und zum Arbeiten in die nähere Umgebung zu fahren.

Entscheidet man sich heute für den Facharzt Allgemeinmedizin, gibt es dafür so viel Unterstützung wie nie zuvor. Das zeigt der Bayerische Hausärzterverband mit seinen Nachwuchstagen, die jedes Jahr zwischen 120 und 160 Studierende anlocken. Vom Praktikum bis zur Praxisgründung – junge und erfahrene Ärzte, Uniprofessoren und Politiker berichten hier von den vielfältigen Karrierechancen in der Allgemeinmedizin, stellen Förderprogramme vor und zeigen, wie schön der Landarztberuf ist.

Mit verschiedensten INITIATIVEN wird das Image des Hausarztes verbessert und um Interessenten geworben.

Die Allgemeinmedizin im Imagewandel

Eine große Rolle für den Erfolg der lokalen Initiativen spielen die Universitäten. Jahrzehntlang war die Allgemeinmedizin an den Universitäten schlicht nicht existent. Das hat nicht nur dazu geführt, dass der Hausarztberuf bei den Studierenden unter dem Radar lief, es hatte auch maßgebliche Folgen für die wissenschaftliche Reputation. Der Hausarzt war als „Barfußmediziner“ innerhalb der Ärzteschaft nicht hoch angesehen. Dieses massive Imageproblem beginnt sich jetzt zu wandeln. In Bayern haben wir bis auf Regensburg an allen Medizinischen Fakultäten einen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin. Das ist ein sehr großer Gewinn. Die Studierenden lernen jetzt, dass der Hausarzt nicht nur für Schnupfen und Husten zuständig ist. Die Lehrstühle kooperieren mit den Hausarztpraxen und Krankenhäusern vor Ort und ermöglichen so eine engmaschige und qualitativ hochwertige Ausbildung. Was daraus entstehen kann, zeigt das Ausbildungsprogramm „Beste Landpartie Allgemeinmedizin“ (BeLA).

BeLA ist ein Forschungs- und Lehrprojekt der Technischen Universität München (TUM) und der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und wird durch das Staats-

ministerium für Gesundheit und Pflege gefördert. Gemeinsam mit den Kreiskliniken und Lehrpraxen in den Modellregionen „Bayern Süd“ und „Bayern Nord“ soll BeLA zeigen, dass es neben dem Studieren und Arbeiten in der Großstadt auch noch etwas Anderes gibt, nämlich die Lebensqualität auf dem Land. Aushängeschild des Programms ist die unschlagbare Eins-zu-Eins-Betreuung. In den Kreiskliniken profitieren die Studierenden von dem großen Engagement und Interesse der Ärzte und sie wählen sich ihren persönlichen hausärztlichen Mentor, der sie durch die Ausbildung begleitet. Die Universitäten warten mit einem abwechslungsreichen Lehrplan auf. Die Studierenden führen Projektarbeiten in den Regionen mit Bezug zur Allgemeinmedizin durch und haben die Möglichkeit zur Teilnahme an Kongressen der Deutsche Gesellschaft für Allgemeinmedizin (DEGAM) und der World Organization of Family Doctors (WONCA).

Es lassen sich bereits erste Erfolge verzeichnen: So gaben in einer externen Umfrage 16 % der Medizinstudierenden an der TUM an, dass sie anschließend in die Fachrichtung Allgemeinmedizin gehen wollen. Zum Vergleich: An den anderen Universitäten sind es knapp unter 12 %. Damit ist die Allgemeinmedizin an der TUM die beliebteste Fachrichtung. Auch die Bereitschaft, sich auf dem Land niederzulassen, ist unter TUM-Studierenden mit fast 15 % (bayernweit 11,5 %) überdurchschnittlich groß – und dies, obwohl die TUM mitten in der Landeshauptstadt liegt.⁵

Die Umfrageergebnisse decken sich auch mit den steigenden Zahlen der Facharztanerkennung. 2017/2018 ha-

Es gibt erste **ERFOLGE** am Lehrstuhl Allgemeinmedizin der TUM.

ben in Bayern knapp 265 Mediziner die Facharztprüfung Allgemeinmedizin abgelegt, 2018/2019 waren es schon fast 300.⁶ Das entspricht einem Zuwachs von rund 13 %. Einen wesentlichen Anteil an diesem Erfolg trägt das Kompetenzzentrum Weiterbildung Bayern (KWAB). Das KWAB wurde 2017 von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), dem Bayerischen Hausärzterverband, der Koordinierungsstelle Allgemeinmedizin (KoStA) sowie den allgemeinmedizinischen Instituten der FAU Erlangen-Nürnberg, der TUM und der LMU gegründet und ermöglicht den Studierenden einen nahtlosen Übergang zur Weiterbildung in der Allgemeinmedizin.

Der Hausarzt als Koordinator und erste Anlaufstelle

Hausärzte sind für eine funktionierende Versorgung unverzichtbar. 80 % der Patientenprobleme können in der Hausarztpraxis behandelt werden. Das hat die Politik zwar spät, aber schließlich doch erkannt. Ein Modell, das die Hausärzte in ihrer Aufgabe stützt und den Beruf damit auch für den Nachwuchs attraktiver macht, ist die Hausarztzentrierte Versorgung (HZV). Die HZV bildet nicht nur die Leistungen der Ärzte finanziell besser ab, sondern schont auch Ressourcen. In Zeiten des Ärztemangels ist das durchaus entscheidend.

Innerhalb der HZV wählen Versicherte freiwillig für mindestens zwölf Monate einen festen Hausarzt aus und wenden sich ausschließlich über diesen mittels Überweisung an Fachärzte. Vor allem bei älteren und/oder chronisch kranken Patienten erreichen wir so eine effizientere Versorgung. Ärzte-Hopping und Doppeluntersuchungen können wir so vermeiden. Dadurch spart die HZV etwa 100 Euro an Kosten pro Jahr und Patient ein. Außerdem können durch die HZV ca. 4.500 Krankenhauseinweisungen pro Jahr vermieden werden.⁷ Durch die engere Arzt-Patienten-Beziehung wird auch die sprechende Medizin wieder gewürdigt, ein wesentlicher Teil der Hausarztmedizin, der heute kaum noch honoriert wird. Eine enge Arzt-Patienten-Beziehung macht beide Seiten glücklich und erhöht die Heilungschancen enorm. Wenn wir die HZV weiter stärken, stärken wir damit auch den Hausarztberuf, die menschliche Medizin und letzten Endes unser Gesundheitssystem.

Die Hausarztmedizin **STÄRKT** das Arzt-Patienten-Verhältnis sowie das Gesundheitswesen insgesamt.

Die Maßnahmen machen deutlich: Viele Akteure kämpfen an vielen Fronten. Wir haben finanzielle Förderungen in ländlichen Regionen, Ärzte, die sich als Mentoren und Ausbilder für den Nachwuchs engagieren, Kommunen, die ihre Region zu etwas Besonderem

machen, Lehrstühle, die der Allgemeinmedizin ihr verdientes Image geben – und schließlich ein Versorgungsmodell, das bedarfsgerecht ist.

Wir sind auf einem guten Weg. Aber schlechte Nachrichten verkaufen sich eben besser als gute. Hier müssen wir aufpassen. Zukünftigen Hausärzten zu erzählen, wie aussichtslos die Lage ist, trägt nicht zur Lösung bei. Wenn uns die Bemühungen der letzten Jahre eines gezeigt haben, dann das: Die Allgemeinmedizin braucht mehr Vorbilder. ///



/// DR. MARKUS BEIER

ist Vorsitzender des Bayerischen Hausärzterverbandes, München.

Anmerkungen

¹ KVB Versorgungsatlas Hausärzte: Darstellung der regionalen Versorgungssituation sowie der Altersstruktur in Bayern, Stand: Februar 2019.

² KBV Ärztemonitor, Stand: 17.10.2018.

³ Bundesärztekammer: Förderung der Weiterbildung in der Allgemeinmedizin in der ambulanten und stationären Versorgung, Evaluationsbericht für das Jahr 2015, S. 9.

⁴ Bayerisches Ministerium für Gesundheit und Pflege: Presseinformation, 11.9.2019.

⁵ Bayerische Humanmediziner Jahrgang 2017: Rückblick aufs Studium, Weiterbildung und Berufsübergang, Ergebnisbericht der MediBAS für die TU München.

⁶ Bayerische Landesärztekammer: Evaluation FA-Anerkennungen AM Bayern, Stand: Juli 2019.

⁷ Evaluation der Hausarztzentrierten Versorgung (HZV) in Baden-Württemberg durch die Universitäten Heidelberg und Frankfurt am Main: Ergebniszusammenfassung 2018.

/// Aktivierung der kulturellen Infrastruktur Ostbayerns

DAS KONZERTHAUS BLAIBACH

BJÖRN JOHANNSEN /// Das Erfolgsrezept des Konzerthauses Blaibach¹ liegt auf der einen Seite im Glauben an die Kraft und den Wert der klassischen Musik und auf der anderen Seite darin, von Anbeginn an seinen eigenen Weg zu gehen. Seit seiner Gründung im Jahr 2014 bereichert es nunmehr die Region Ostbayern mit Angeboten der Hochkultur und sorgt dafür, dass aus kultureller Sicht die Region alles andere als abgehängt ist.

Über das Abgehängtsein

In der Diskussion um die Unterschiede zwischen dem Städtischen und dem Ländlichen fällt oft der Begriff des Abgehängtseins. Doch was bedeutet es genau, abgehängt zu sein oder abgehängt zu werden? Zur Beantwortung dieser Frage müssen zwei Bereiche unterschieden werden: Es existiert auf der einen Seite der Bereich, der abgehängt wird. Er verliert den Anschluss, verlangsamt

sich und kommt eventuell sogar zum Stillstand. Ein Abstand entsteht. Auf der anderen Seite gibt es den Bereich, der weiter nach vorne strebt, der nicht langsamer wird und nicht zum Stillstand kommt. Der erste Bereich wird nicht selten dem Ländlichen, der zweite Bereich dem Städtischen zugeschrieben. Gleichzeitig erhält der erste Bereich einen negativen Beigeschmack, während der zweite Bereich überwiegend positiv



Der Sänger Thomas E. Bauer und der Architekt Peter Haimerl wagten 2014 mit ihrem Konzerthaus in dem kleinen Örtchen Blaibach architektonisch wie programmatisch etwas ganz Neues. Und der Erfolg gibt ihnen bis heute Recht.

wahrgenommen wird. Das Städtische baut immerhin einen Vorsprung aus und zeigt dem Ländlichen dessen Defizite auf. Aus diesem Grund wird das Städtische oft mit Begriffen wie „Innovation“ und „Wachstum“ positiv in Verbindung gebracht – ein häufig nicht kritisch hinterfragter Gebrauch.

Oftmals wird der ländliche Bereich gegenüber dem städtischen als ABGEHÄNGT eingestuft.

Damit das Ländliche nicht abgehängt bleibt, muss es wieder in Bewegung kommen. Die Aktivierung kann dabei auf verschiedene Weise erfolgen, sei es durch politische Programme, unternehmerisches Investieren, gesellschaftliches Handeln oder durch geschichtliche Umbrüche, wie es in der Region Ostbayern der Fall war.

Fristete diese Region bis zur Auflösung der DDR ein Dasein am Rande der westlichen Welt und zählte zu den Notstandsgebieten Bayerns, rückte sie besonders nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in die Mitte der Welt zurück. Es folgten positive Entwicklungen. Die Beschäftigungszahlen stiegen, da sich Unternehmen, allen voran Unternehmen der Automobilbranche, in der Region niederließen; entsprechend verringerte sich die Arbeitslosenquote und stieg die Lebensqualität in Ostbayern. Aus wirtschaftlicher Perspektive zeigt sich Ostbayern als eine der stärksten Regionen Europas und nicht mehr als eine abgehängte.²

Allerdings muss Folgendes bedacht werden: Der Begriff des Abgehängtseins reicht nicht aus, um die Vielschichtigkeit der Realität zu beschreiben. Er zeichnet vielmehr ein schwarz-weißes Bild der Wirklichkeit. Daher kann allein die Einnahme der wirtschaftlichen Perspektive kein vollständiges Bild einer Gesellschaft zeigen. Sie gibt nicht erschöpfend Auskunft über den Gesamtstatus einer Region. Denn andere Bereiche im ländlichen Raum besitzen nach wie vor einen nicht unerheblichen Abstand, wie beispielsweise ein Blick auf die medizinische Versorgung, die Mobilität oder die kulturelle Infrastruktur³ zeigt.

Über die kulturelle Infrastruktur Ostbayerns und die Praxis des Konzerthauses Blaibach

Ostbayern besitzt auch außerhalb der größeren Städte Regensburg, Landshut und Passau mit seinem Traditionsbewusstsein, Brauchtum und Vereinswesen ein reges kulturelles Leben. Allerdings besaßen die ländlichen Bereiche der Region vor 2014, dem Eröffnungsjahr des Konzerthauses Blaibach, in Bezug auf die Hochkultur keine Infrastruktur, um den Begriff des Abgehängtseins zu umgehen. Wie zuvor beschrieben, musste erst eine Aktivierung, ein Startschuss erfolgen, der den aktuellen Zustand verändern sollte. Dieser Startschuss ging in Blaibach von der Initiative des Architekten Peter Haimel und dem Sänger und Intendanten Thomas E. Bauer aus, die gemeinsam mit der Gemeinde das Konzerthaus realisierten.

Thomas E. Bauer ist überzeugt, dass zunächst, um den Startschuss zu geben, ideelle und finanzielle Vorleistungen notwendig sind und erläutert: „Jeder kreative Mensch hat gute Einfälle. Der

Ideenreichtum endet spätestens dann, wenn den Selbstverwirklichern finanzielle und persönliche Substanz abverlangt wird. Erst braucht es echten Umsetzungswillen und Durchhaltevermögen, um staatlichen und privaten Förderern einen attraktiven Einstieg in das Geschehen zu ermöglichen. In anderen Strukturen habe ich erleben können, wie eine vermeintlich ‚solide Festivalplanung‘ zu Publikumsflucht und Verzweigung führen kann. Wo Austauschbares und die Betulichkeit von Gremien an die Stelle von künstlerischem Schneid treten, kann ästhetisches Wollen nicht entstehen. Erfolgsgeschichten beruhen immer auf virtuoson Veränderungen und der Konzentration auf den eigentlichen Kern.“ Und die Erfolgsgeschichte des Konzerthauses Blaibach spricht für sich: rund 100 Veranstaltungen pro Jahr, nahezu Vollausslastung, Besucher von nah und fern, renommierte Künstler und Ensembles sowie künstlerisch anspruchsvolle Programme.

Mit dem Konzerthaus Blaibach startete 2014 erfolgreich die Etablierung von HOCHKULTUR in Ostbayern.

Aber wie konnte die „Konzentration auf den eigentlichen Kern“ umgesetzt werden und der genannte Erfolg entstehen? Zur Beantwortung dieser Frage soll zunächst der Kontext beschrieben werden, in dem Kultureinrichtungen wie das Konzerthaus Blaibach beheimatet sind.

Dieser wird unter anderem geprägt durch die Auswirkungen der Erlebnis- und Freizeitgesellschaft, die dazu auffordert, mehr in gleicher Zeit zu erleben.⁴ Durch diese Aufforderung und die Vielzahl an bestehenden Angeboten wird es für Kultureinrichtungen immer schwerer, Besucher zu sich zu bringen. Denn nicht selten heißt es, der Inhalt von Kunst und Kultur habe sich überholt, er erreiche die Menschen nicht mehr und sei fernab ihres Lebens. Im Falle von Konzerthäusern kann die Aufzählung sogar noch ergänzt werden um die viel diskutierte Krise der klassischen Musik. Diese Aspekte besitzen große Auswirkungen für Kultureinrichtungen. Sie sehen sich gezwungen, scheinbar findige Maßnahmen zu ergreifen, um die Besucher zu erreichen.

Und so finden sich gerade in der scharfen Konkurrenzsituation in den Städten, in denen Konzerthäuser überwiegend anzutreffen sind, diese Maßnahmen, deren Ursprung im Kulturmarketing zu finden sind und die dazu dienen sollen, für Besucher attraktiver zu werden: Yoga im Museum, Klassikkonzerte in Clubatmosphäre, Konzerte, die der Formel „X meets Y“ folgen – Klassik meets Pop, Klassik meets HipHop, Jazz meets Pop. Kurzum: Maßnahmen, die mit einem Drumherum aufgeladen werden, um Besucher anzusprechen.⁵ Diese Maßnahmen haben sich teilweise überholt, wie es auch Thomas E. Bauer darstellt: „Die Marketing-Konzepte des gängigen Kulturbetriebs, die sich vor vier bis fünf Jahrzehnten etabliert haben, bedürfen einer Revision. Sie müssen wieder unmittelbar vom Erleben auf der Bühne abgeleitet werden – nicht umgekehrt.“ Somit muss das Gelingen dieser Maßnahmen kritisch hinterfragt werden. Denn oft wird das Gelingen mit

der kulturpolitisch geforderten Kennzahl der Besuche belegt: Ist die Besuchszahl hoch – und sie wird erhöht, wenn entsprechend der Erlebnisgesellschaft vieles zu einem Ereignis wird –, muss auch die künstlerische Qualität hoch sein, so der weitverbreitete Glaube.

Kultureinrichtungen im ländlichen Raum wiederum versuchen, sicherlich auch mit den zuvor genannten Maßnahmen, den verschiedenartigen Bedürfnissen innerhalb ihres Standortes nach Klassik, Jazz, Popular- und Volksmusik, nach Kabarett- und Vereinsveranstaltungen oder nach Kunstausstellungen, gerecht zu werden. Von dieser wohlmeinenden Multifunktionalität einer Einrichtung geht allerdings die Gefahr aus, ein unklares Profil zu erlangen, am Ende statt vieler Personen nur wenige anzusprechen und das zunächst angestrebte künstlerische Niveau nicht zu erreichen. Dass den künstlerischen Inhalten in beiden Fällen nicht immer gute Dienste erwiesen werden, liegt auf der Hand.

Das Streben nach **MULTIFUNKTIONALITÄT** im Kulturbetrieb geht mitunter zu Lasten der Inhalte und des Niveaus.

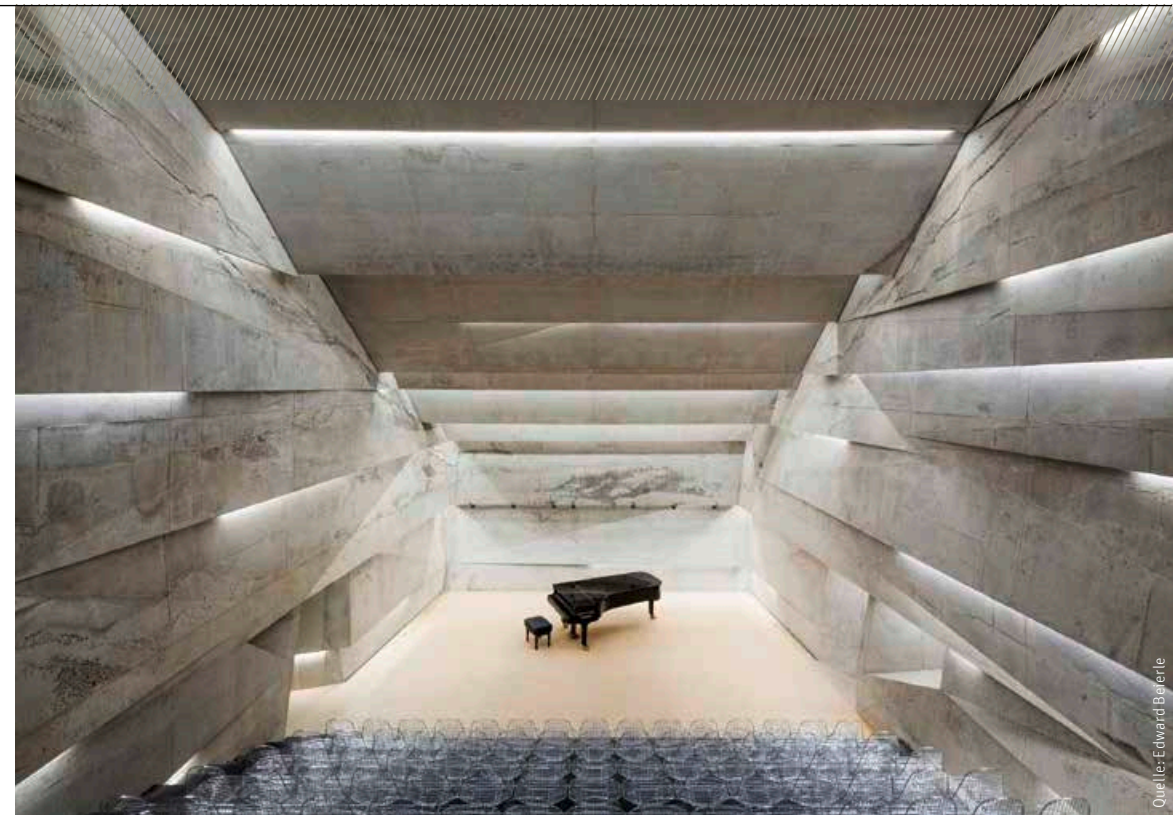
Das Konzerthaus Blaubach schlägt jedoch eine eigene Richtung ein und orientiert sich weder an städtischen noch an anderen Kultureinrichtungen ländlicher Regionen. Somit musste nach dem erfolgten Startschuss überlegt werden, wie das Konzerthaus sich in dem be-

schriebenen Kontext verhalten und wie es sich im Vergleich zu anderen Konzerthäusern aufstellen wird. Das Ergebnis: Werden der künstlerische Inhalt und auch der Besucher mancherorts unterschätzt, setzt das Konzerthaus seinen Fokus ohne Kompromiss allein auf die klassische Musik. Auf Crossover-Programme wird verzichtet, kulturvermittelnde Angebote finden kaum statt – nicht aus Geringschätzung dieser Arbeit als vielmehr aus dem Glauben heraus, dass der Besucher des Konzerthauses von der Musik fasziniert sein wird, ungeachtet der eigenen kulturellen Vorbildung. Die Musik spricht eben für sich. Um die Wahrnehmung der Besucher von der Musik innerhalb des Konzertes zu konzentrieren, wie sie bereits durch die Architektur begünstigt wird, will das Konzerthaus ab 2020 auf Programmhefte verzichten. Das Konzerthaus ist auch aus verschiedenen Gründen nicht in den sozialen Medien vertreten – eine Maßnahme –, die im Widerspruch zum Zeitgeist zu stehen scheint.

Und um die zuvor gestellte Frage nach dem Erfolg des Konzerthauses Blaubach nun abschließend zu beantworten: Der Erfolg basiert auf der reinen Darbietung der klassischen Musik auf hohem Niveau, auf dem Verzicht auf ablenkende Marketingmaßnahmen des Drumherum⁶ und letzten Endes auf der Präsentation dieser Grundüberzeugung im ländlichen Raum, ohne andere Kultureinrichtungen in diesem nachzuahmen beziehungsweise zu ihnen aufholen zu wollen.

Über den Unterschied zu anderen Konzerthäusern – ein Fazit

Ohne Frage können Klassikkonzerte auf hohem Niveau auch in Großstädten besucht werden. Dennoch investieren Besucher unter anderem rund zwei



Purismus nicht nur beim Programm – auch der Konzertsaal in Blaubach mit seiner schlichten, ja schon spartanischen Architektur unterstützt die Konzentration der Zuhörer auf die Musik.

Stunden in ihre Anfahrtszeit, um beispielsweise von München nach Blaubach in die Konzerte zu kommen. Wieso ist dies der Fall? An diesem Punkt entsteht ein bedeutender Aspekt: Indem das Konzerthaus seinen eigenen Weg offen und mutig verfolgt hat – trotz des einen oder anderen Widerstands, trotz des einen oder anderen Rückschritts –, realisierte es etwas, was dem Kultursektor generell guttäte. Es emanzipierte sich von gängigen Praktiken und positionierte sich eigenständig neben anderen Konzerthäusern.

Und dies ist letzten Endes der Grund, weshalb die Weichenstellung für diesen Beitrag über den Begriff des Abgehängtseins erfolgte. Würde das Konzerthaus Blaubach sich nach dem erfolgten Startschuss auf den Weg machen

und den Versuch unternehmen, in einer Aufholjagd die Abstände zu anderen Einrichtungen zu verringern, würde es entweder agieren wie Konzerthäuser in den Städten: Es müsste vielfältige Maßnahmen zur Erreichung möglichst vieler Zielgruppen umsetzen, um möglichst hohe Besuchszahlen zu erreichen und so generell zu beweisen, dass Kultureinrichtungen nach wie vor von Bedeutung sind. Oder es würde ein inhaltliches Kaleidoskop vorhalten, ebenfalls, um eine – diese Vermutung liegt nahe – möglichst geringe Angriffsfläche zu bieten und möglichst viele Personen in der Region anzusprechen. Infolgedessen würde die klassische Musik im ländlichen Raum nicht auf dem vom Konzerthaus Blaubach erreichten Niveau angeboten werden können.

Der **ERFOLG** des Konzerthauses Blaibach basiert auf der Konzentration auf die reine Darbietung klassischer Musik auf hohem Niveau.

Durch die Positionierung des Konzerthauses, die letzten Endes auf dem Glauben basiert, dass klassische Musik entgegen aller pessimistischen Äußerungen auch heute noch ohne Drumherum für die Gesellschaft von Wert ist, liefert es seinen Beitrag für die Sicherstellung der kulturellen Infrastruktur in der Region und trägt dazu bei, dass die kulturelle Vielfalt, die es glücklicherweise in Deutschland gibt, auch weiter bestehen kann. Diese Richtung wird es auch in Zukunft weiterverfolgen und den hohen Anspruch erfüllen, Künstler nach Blaibach zu bringen, die dem Titel der Konzertreihe „Weltklasse im Dorf“ gerecht werden. ///



/// **DR. BJÖRN JOHANNSEN**
ist Kulturstrategie im Konzerthaus Blaibach.

Anmerkungen

¹ Informationen zum Konzerthaus Blaibach finden sich unter: www.kulturgranit.de

² Schmid, Katharina: Vom Armenhaus zur stärksten Wirtschaftsregion in Europa, in: Süddeutsche Zeitung, 25.4.2018.

³ Zum Begriff der kulturellen Infrastruktur vgl. Enquete-Kommission: Kultur in Deutschland – Kultur als Staatsziel, Berlin 2007, S. 84-87.

⁴ Opaschowski, Horst: Einführung in die Freizeitwissenschaft, Opladen 1997, S. 38 ff.

⁵ Johannsen, Björn: Strategie und Kultur – Neue Perspektiven für den öffentlichen Kultursektor, Bielefeld 2019, S. 59 ff.

⁶ Ders.: Auf die „Sachen selbst“ zurückgehen, in: Kulturmanagement Network Magazin 142/2019, S. 49-53.

/// Neues Leben bei und durch „Tante Emma“

TREFFPUNKT DORFLADEN

BARBARA WUNDER /// In vielen Dörfern gibt es mittlerweile nicht mal mehr einen Lebensmittelladen und wer nicht mobil ist, um in den nächst gelegenen Supermarkt zu gelangen, ist somit regelrecht abgehängt. Abhilfe schaffen hier sogenannte Dorfläden, die darüber hinaus auch immer als sozialer Treffpunkt fungieren. Wir haben Barbara Wunder, die Koordinatorin des Dorfladennetzwerkes Donau-Ries dazu befragt.

Politische Studien: Frau Wunder, gibt es bei Ihnen im Landkreis Donau Ries keine Supermärkte mehr oder warum laufen die mittlerweile 10 Dorfläden Ihres Netzwerkes so erfolgreich?

Barbara Wunder: Es wäre toll, wenn wir das Verhältnis Supermärkte – Dorfläden umdrehen könnten. Aber nein, es gibt genügend Supermärkte, auch auf der Fläche. Nichtsdestotrotz

spüren die Dorfbewohner, dass vor allem ein sozialer Treffpunkt im Ort fehlt, eine zentrale Anlaufstelle, beispielsweise mit einem Café und einer Postannahmestelle. Vor allem ist aber auch die Möglichkeit, regionale Produkte kaufen zu können, notwendig. Dies ist immer mehr Verbrauchern wichtig und mit dem großen und vielfältigen Sortiment an regionalen Produkten heben sich die Dorfläden



Der Dorfladen Megesheim ist einer der ältesten im Landkreis und fest im Ortskern etabliert.

von den herkömmlichen Supermärkten ab. Zudem sind Dorfläden preisgünstiger als viele denken – das sind die wesentlichen Erfolgsfaktoren unserer Dorfläden. Hinzu kommt natürlich das Einkaufserlebnis an sich. Man kennt die Verkäufer, kann bei einem Ratsch Neuigkeiten austauschen und spezielle Produkte bestellen. Auch individuelle Vorbestellungen sind, anders als in Supermärkten,

möglich. Die Vereine am Ort beziehen für Festlichkeiten ebenfalls viele Waren vom Dorfladen. Unser 2016 gegründetes Dorfladennetzwerk, das einzige informelle Dorfladennetzwerk auf Landkreisebene in Deutschland, unterstützt die Dorfläden mit fachlichem Know-how, bietet eine Vernetzungsplattform an und kümmert sich auch um ein umfassendes Marketing für alle Dorfläden.

”

Mit dem großen und vielfältigen Sortiment an REGIONALEN Produkten heben sich die Dorfläden von den herkömmlichen Supermärkten ab.

”

Auf Regionalität zu setzen, hat ideologische, aber vor allem auch WIRTSCHAFTLICHE Gründe.

Warum wollen die großen Ketten, aber auch die kleineren Läden nicht mehr in die kleinen Orte gehen? Die Konsumenten und somit potenziellen Käufer gibt es ja, wie der Erfolg der Dorfläden zeigt.

Die großen Supermärkte und Discounter brauchen eine gewisse Grundgesamtheit an Kunden bzw. ein entsprechend großes Einzugsgebiet. Wir beobachten aber zunehmend, dass sich eben diese mittlerweile auch in den kleinen Orten ansiedeln, oftmals in Nachbargemeinden von Dorflädenstandorten. Trotzdem sind die Dorfläden erfolgreich, sicherlich auch aus den zuvor genannten Gründen. Notwendig ist aber vor allem auch ein intensives, oft ehrenamtliches Engagement der Dorfladenbetreiber.

Was macht nun den Erfolg des Dorfladens Ihrer Meinung nach aus?

Der (wiedereröffnete) soziale Treffpunkt, sprich ein integriertes Café mit regionalem Kaffee und (hausgemachten) Kuchen, weitere Einrichtungen wie beispielsweise eine Postannahmestelle, ein Zeitschriftenregal, ein Buchhandelsverkauf, das Vollsortiment, das in der Regel alle Dorfläden bieten, die große Auswahl an hochwertigen regionalen Produk-

ten in unserem „regionalen Einkaufsregal“, ein oftmals warmer Mittagstisch, ein regionales Bäcker- und Metzgerangebot und das individuelle „Tante Emma“-Einkaufserlebnis. Sozusagen ein Multifunktionsladen für Jung und Alt direkt vor Ort.

Und welche Rolle spielen dabei das Angebotssortiment und der Preis?

Dies spielt eine große Rolle. Einerseits, weil wir in Schwaben sind, andererseits, weil natürlich auch auf dem Land viele Menschen preisbewusst leben und einkaufen wollen. Ein Vollsortiment zu Supermarktpreisen zu bieten, ist daher essenziell. Und dies können die Dorfläden auch leisten. Zusätzlich zu den üblichen Produkten des täglichen Bedarfs gibt es eben die regionalen Produkte aus dem Landkreis Donau-Ries.

Wie sieht die Regionalität genau aus und was bezwecken Sie damit?

Auf Regionalität zu setzen, hat ideologische, aber vor allem auch wirtschaftliche Gründe. Wir wollen damit die Wertschöpfung in der Region halten. Dies hat einen Mehrwert für alle – für die Kunden, die hochwerti-



Die Menschen sind **STOLZ** auf ‚ihren‘ Laden und ‚ihr‘ Dorf.

ge Produkte aus der Region gebündelt an einem Ort kaufen können, für die Dorfläden, die sich damit von Supermärkten abheben können und ihr Sortiment erweitern und damit ein Alleinstellungsmerkmal schaffen und für die Produzenten selbst, die einen weiteren Vertriebsweg erhalten. Zudem wird durch kurze Lieferwege das Klima geschützt und wir erhalten und unterstützen die regionaltypische Kultur- und Naturlandschaft.

Ihr Dorfladenprinzip ist genossenschaftlich organisiert. Wie kann man sich das vorstellen?

Auch dies ist ein Erfolgsgarant für die Dorfläden. Der Laden gehört so niemandem privatwirtschaftlich, sondern dem gesamten Ort bzw. jedem, der an dem genossenschaftlichen Dorfladen Anteile zeichnet. Man kauft damit nicht in irgendeinem (Dorf-)Laden, sondern im eigenen Dorfladen bzw. in „unserem“ Dorfladen ein. Ein Laden von den Dorfbewohnern für die Dorfbewohner. Dass dies nicht ohne erhebliches ehrenamtliches Engagement geht, kann man sich vorstellen. Darauf sind die Dorfläden angewiesen und bei uns funktioniert dies bestens. Die vielen engagierten Dorfladenverantwortli-

chen treffen sich alle drei Monate im Netzwerk, um aktuelle Anliegen und Herausforderungen zu diskutieren, gemeinsame Projekte zu planen, sich zu unterschiedlichsten Themen zu vernetzen und um Ideen auszutauschen. Hier stellen sich auch regelmäßig Direktvermarkter und regionale Produzenten vor, die das Angebot der Dorfläden kontinuierlich erweitern.

Hat das auch Auswirkungen auf das Leben und die Gemeinschaft im Ort?

Die Menschen sind stolz auf „ihren“ Laden und „ihr“ Dorf, das ist emotional und für die gefühlte Versorgung vor Ort enorm wichtig. Es hat aber auch ganz pragmatische Auswirkungen auf den Standort. Eine entsprechende Nahversorgungsmöglichkeit (mit Vollsortiment) vor Ort und ein Café und Bistro mit Mittagstisch stellen einen erheblichen Standortvorteil dar. Dies ist vor allem dann wichtig, wenn es darum geht, Bauplätze und Leerstände zu verkaufen und um neue Bewohner für einen Ort zu gewinnen. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Auslastung der vorhandenen Kindergärten, Schulen, Freizeiteinrichtungen, Vereine etc. und somit auch für die strukturelle Aufrechterhaltung eines Ortes.

Wenn der Dorfladen dann noch in einem Leerstand im Ortskern umgesetzt wird, ist das umso besser. Auch das haben einige Dorfläden im Donau-Ries geschafft und somit den Ortskern belebt. Das ist ein Erfolg, der gerade jetzt, in einer Zeit, in der viel über belebte Ortskerne, Leerstandsaktivierung und Wohnen diskutiert wird, hoch geschätzt wird.

Brauchen bzw. vermissen Sie überhaupt noch einen Supermarkt?

Eigentlich bräuchten wir keinen mehr.

Die Fragen stellte Verena Hausner, Stv. Redaktionsleiterin der Politischen Studien und Publikationen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// BARBARA WUNDER
ist Konversionsmanagerin des Landkreises Donau-Ries in der Stabsstelle Kreisentwicklung, Donauwörth



Das Wirtshaus ist „das öffentliche Wohnzimmer“ und sozialer Treffpunkt im Dorf. Es darf nicht aussterben.

/// Erfolgsgeschichte mit Zukunft?

DAS BAYERISCHE DORFWIRTSHAUS

THOMAS GEPPERT /// Es gibt nur wenige Dinge, die ein identitätsstiftendes Heimatgefühl besser verkörpern, als ein bayerisches Wirtshaus. So steht die Wirtshauskultur seit Jahrhunderten für das dörfliche Miteinander. Das Wirtshaus ist eine Institution mit langer Tradition, Teil unserer gelebten bayerischen Kultur. Es ist ein Ort der Begegnung, des Austausches und auch der Unterhaltung und es übernimmt viele wichtige soziale Funktionen. So fungiert das Wirtshaus seit jeher als eine Art „öffentliches Wohnzimmer“. Hier kennt man sich, hier ist man nie allein, hier passt man auf sich auf.

Das „öffentliche Wohnzimmer“ im Dorf

Oftmals waren und sind Wirtshäuser – neben der Kirche – die wichtigste soziale Institution innerhalb einer Dorfgemeinschaft. Es gab Zeiten, in denen der Pfarrer sonntags nach der Kirche gemeinschaftlich mit seiner Gemeinde ins Wirtshaus gegangen ist und in de-

nen er Gemeindemitglieder ermahnt hat, wenn sie zu früh aus dem Wirtshaus gegangen sind. Warum tat der Pfarrer das? Weil er wusste, dass es sonst keinen Ort in der Gemeinde gab, in dem alle Bürger seines Ortes aufeinandertreffen.

Eine Dorfwirtschaft ist seit jeher mehr als nur ein Platz, an dem man seinen Hunger und Durst stillen kann.

Eine Dorfwirtschaft ist der Kommunikationsplatz einer Dorfgemeinschaft und fester Bestandteil des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Hier treffen „Schwarze“ auf „Rote“, „Weltliche“ auf „Geistliche“, „Großkopferte“ auf „Kleinbürgertum“, Einzelne auf Familien. Hier werden Entscheidungen diskutiert und beschlossen, Geschäfte mit Handschlag besiegelt, wird gemeinsam gelacht, gefeiert und auch getrauert. Wer die Stammtischhoheit innehat, repräsentiert die demokratische Mehrheit des Ortes.

Darüber hinaus sind Wirtshäuser ein Inbegriff verbindender Gastlichkeit, hier setzt man sich an einem Tisch zusammen. Ein Wirtshaus ist erst voll, wenn der letzte Platz belegt ist. Es sind die Wirte, die unvergessliche Momente

und glückliche Erinnerungen schaffen. Ihre Türen sind offen für Einheimische und Gäste unterschiedlichster Kulturen aus aller Welt. Für Letztere sind die Wirtshäuser die Repräsentanten unseres Landes.

Weltbekannt sind die Wirtshäuser zudem für ihre Gemütlichkeit, ein Begriff, der auch in den englischen und französischen Sprachgebrauch über-

Das Wirtshaus ist als TREFFPUNKT eine wichtige soziale Institution im Dorf.

nommen wurde. Ebenso stehen typische Wirtshausgerichte und -utensilien wie Schweinsbraten, Sauerkraut, Würste, Brezn, Maßkrug – oder gleich das ganze Hofbräuhaus – in vielen Ländern als Synonym für Bayern, ja für ganz Deutschland.

Wirtschaftsfaktor Gastgewerbe

Doch das Wirtshaus hat nicht nur eine hohe Bedeutung für die Dorfgemeinschaft. Das Gastgewerbe stellt mit seinen knapp 40.000 Betrieben, darunter rund 29.000 Gastronomiebetriebe, auch ein starkes Stück der bayerischen Wirtschaft dar und werden zu Recht als das Rückgrat der heimischen Tourismusindustrie bezeichnen. Es ist identitätsstiftend und hat eine zentrale Bedeutung als Arbeits- und Wirtschaftsfaktor. In der Branche findet jedes Talent seine Heimat und Persönlichkeit ist gefragt. Können und Leidenschaft der Mitarbeiter haben direkte Auswirkungen auf die Lebensqualität vor Ort. Das hat auch ein Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft ergeben.¹

Die Gastronomie ist ein wichtiger WIRTSCHAFTSFAKTOR in Bayern.

Zugleich ist das Gastgewerbe Hauptleistungsträger des Tourismus, der mittlerweile als Bayerns zweitwichtigste Leitökonomie fungiert. Was wäre Bayern ohne sein Gastgewerbe, ohne die fleißigen und engagierten rund

10.000 gastgewerblichen Auszubildenden und Dualstudierenden – darunter 800 integrierte Geflüchtete – und die stolzen 447.000 Erwerbstätigen. Das sind unglaubliche 44 % mehr Erwerbstätige als noch vor 10 Jahren. Wir bilden jeden 10. Lehrling aus und beschäftigen jeden 17. Erwerbstätigen unseres Freistaates. Rechnen wir die 150.000 uns direkt zuordbaren Erwerbstätigen in anderen Bereichen hinzu, hängt von Hotellerie und Gastronomie sogar jeder 13. Erwerbstätige Bayerns ab.

Die Bedeutung unserer Branche wächst von Jahr zu Jahr, Hotellerie und Gastronomie sind mittlerweile die regionalen Wirtschaftsmotoren. Sie sind Garanten einer positiven ländlichen Entwicklung. Das bayerische Gastgewerbe ist mittlerweile systemrelevant für den Erfolg Bayerns, Tendenz steigend. Der Branche geht es zwar so gut wie nie, aber vielen, vor allem kleinen Unternehmern gleichzeitig auch so schlecht wie nie. Denn schaut man genauer hin, sind die Gewinner bei den Beherbergungsbetrieben Hotel Garnis, also Betriebe ohne Restaurant, und international agierende Hotelkonzerne. In der Gastronomie haben Systemgastromomen, Cafés und Event-Caterer die größten Zuwächse.² Das sind allesamt sehr wichtige Bereiche, die wir vom Verband auch leidenschaftlich vertreten. Die Frage ist nur, reicht uns das?

Wir müssen uns – auch als Gesellschaft – entscheiden, was wir künftig wollen: überwiegend große Hotelketten im städtischen Umfeld bzw. Unterkunftsbetriebe ohne Verpflegungsmöglichkeiten? Essen verstärkt über Lieferdienste, Essen to go, Convenience aus dem Supermarkt bzw. Fast-Food-Betriebe entlang der Autobahnen? Oder wol-

len wir auch die Sicherung der familiengeführten und personalintensiven Individualhotellerie und -gastronomie im ländlichen Raum, die die Grundvoraussetzung für einen flächendeckenden Tourismus ist?

Wollen wir Letzteres, müssen wir uns alle anstrengen: Unternehmer, Gesellschaft wie auch Politik. Neben individuellen Veränderungen der einzelnen Betriebe und eines Umdenkens in unser aller Köpfe, nämlich, dass die Dienstleistung von Mensch zu Mensch etwas wert ist und dieser Wert auch höher honoriert werden muss, bedarf es eines branchenpolitischen Umfeldes, das auch inhabergeführten Klein- und Kleinstbetrieben ein wirtschaftlich rentables Handeln ermöglicht. Denn was viele nicht wissen: 87 % aller gastgewerblichen Betriebe erwirtschaften einen Jahresumsatz von unter 500.000 Euro, 38 % gar unter 100.000 Euro.

„Wo die Wirtschaft stirbt, stirbt der Ort“

Soll das Verfassungsziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Bayerns zu fördern und zu sichern, erreicht werden, muss das Gastgewerbe gefördert werden. Denn „wo die Wirtschaft stirbt, stirbt der Ort“, so die zentrale Aussage einer Studie der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.³

Noch findet man Wirtshäuser in allen Regionen des Freistaates, insbesondere dort, wo sich andere Branchen zum Teil seit Jahren zurückgezogen haben. Doch die Zeiten ändern sich. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat Bayern allein zwischen den Jahren 2006 und 2015 fast ein Viertel seiner Schankwirtschaften verloren und befindet sich damit auf Rang Zwei des größten Gaststättenrückgangs in

Deutschland. Aktuell besitzen 73 bayerische Gemeinden kein Wirtshaus mehr. Mittlerweile hat das Wirtshaussterben ein Maß erreicht, von dem Wissenschaftler warnen, dass es strukturell zu denken geben sollte.⁴ Denn damit fehlt die wirtschaftliche Grundlage für die Leitökonomie Tourismus. Dieser ist jedoch oftmals die letzte Chance für eine Region und damit notwendig zur Herstellung und Wahrung gleicher Lebensverhältnisse.

Das Wirtshaussterben in Bayern hat STRUKTURPOLITISCHE Auswirkungen.

Hotel- und Gastronomiebetriebe sind absolut standorttreu. Sie beziehen ihre Produkte aus der Region, produzieren vor Ort – schließlich können sie ihre Schnitzel nicht in Tschechien braten –, zahlen hier ihre Steuern und sind zwingend auf Handwerker und Dienstleister vor Ort angewiesen, denn wenn es einmal wo klemmt, kann der Installateur nicht erst aus Polen anreisen.

Herausforderungen und Forderungen

Herausforderungen an die Branche gab es zu jeder Zeit und in jeder Generation. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es der Wandel von einer Agrar- über eine Industrie- hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft, die andere Ernährungsgewohnheiten mit sich brachte. War es beginnend in den 70er-Jahren der Bau

von Vereins- und Pfarrheimen, die, so gut es auch gemeint war, letztlich dafür sorgten, dass Feiern nicht mehr automatisch beim Wirt stattfanden und ihm dadurch wichtige Umsätze nahmen. Waren es verschärfte Promillegrenzen und das Rauchverbot, die den Konsum einschränkten, sind es heute vor allem branchenpolitische Themenfelder, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

So bedarf es dringend einer Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes. Es geht mir hierbei explizit nicht darum, dass mehr gearbeitet werden soll. Es geht nur um eine flexiblere Aufteilung der Arbeitszeit innerhalb einer Woche, so wie es die EU vorsieht. Die Arbeit muss dann erledigt werden können, wann sie anfällt; es muss ein Vollzeitjob in vier Tagen ermöglicht werden. Die Flexibilisierung wollen übrigens nicht nur die Wirte, sondern vor allem auch deren Mitarbeiter. Diese wollen nämlich ihren Alltag flexibler gestalten und könnten dann besser auf die Bedürfnisse ihrer Familien eingehen.

Neben dem nicht mehr zeitgemäßen Arbeitszeitgesetz belasten die Branche vor allem zwei weitere Punkte: eine überbordende Bürokratie und unfaire Wettbewerbsbedingungen. Hinsichtlich der Bürokratie benötigen wir ein Umfeld, das wieder mehr Luft zum selbstverantwortlichen Handeln lässt. Es ist eine Grenze erreicht, die ein Weiterarbeiten vielerorts nicht mehr möglich macht. Viele unserer Unternehmer können nicht mehr leisten, was ihnen vom Staat aufgebürdet wird. Die Verdienstmargen werden immer schmaler, es gibt keinen Ausgleich mehr für den Unternehmer, der in etwa dessen Leistung widerspiegelt. So liegt der Unternehmerlohn bei Schankwirtschaften

bei unter fünf Euro. Zwölf Stunden durchschnittlich muss ein Wirt pro Woche mit Dokumentieren verbringen,⁵ wenn er alles richtig machen möchte. Zum Beispiel die Betriebsprüfung: Wenn ein Wirt seine Stammgäste auf eine Halbe Bier einlädt, muss er das akribisch dokumentieren, um dann nach drei Jahren bei der Betriebsprüfung den erhöhten Wareneinsatz argumentieren zu können. Er muss alle Allergene aufzeichnen. Er muss penibelste Dokumentationen der Arbeitszeiten abliefern. Gefährdungsbeurteilungen, Datenschutzgrundverordnung, Einschränkungen bei der Arbeit auf Abruf und vieles mehr. Von der Kassenrichtlinie will ich gar nicht erst anfangen...

Eine überhandnehmende Bürokratie BELASTET die Branche.

Kontrollen sind gut und wichtig, aber wir haben das Maß und Ziel aus den Augen verloren. Jede einzelne Vorschrift mag ja für sich sinnvoll erscheinen. Es ist aber die Masse der Vorschriften, die nicht mehr zu bewältigen ist. Wir brauchen eine wirksame Überprüfung von Gesetzen unter dem Aspekt, was braucht es wirklich und was eben nicht. Dass die Rahmenbedingungen mit all der Überregulierung uns überfordern, spürt jeder, besonders aber die Kleinen. Hier wäre auch eine echte Kleinunternehmerregelung überlegenswert.

Bei fairen Wettbewerbsbedingungen denke ich in erster Linie an gleiche Steu-

ern für Essen. Ich erwarte, dass die frisch zubereitete, servierte Suppe steuerlich nicht schlechter gestellt wird als die Tütensuppe aus dem Discounter. Auch und gerade weil wir uns alle regionale, frische und gesunde Küche wünschen. Wir wissen, dass der Lebensmitteleinzelhandel immer mehr in Richtung Gastronomie vordringt. Daher erwarten wir auch, dass alle Speisen steuerlich gleich behandelt werden, unabhängig von der Art der Zubereitung und des Verzehrortes. Es ist doch grotesk: Ein gemütliches, gesundes Essen im Sitzen kostet 19 % Steuer, im Gehen und Stehen 7 %. Verwende ich – ökologisch sinnvoll – bei Buffets Mehrweggeschirr, fallen 19 % Steuer an, bei Einweggeschirr hingegen nur 7 %. Essen im Kindergarten, der Schule oder im Altersheim wird mit 19 % beaufschlagt, in der Mensa, wo nicht jeder hin muss, mit 7 %. Oder warum müssen beim frischen Salat volle 19 % Steuer oben draufkommen und beim Salat aus dem Plastikbehälter lediglich 7 %?

Gleiche Steuersätze für Essen wären auch deshalb fair, weil die klassische Gastronomie sehr arbeitsintensiv ist. Auf den gleichen Umsatz kommen in der Gastronomie sechs Mal mehr Beschäftigte als im Lebensmitteleinzelhandel. Durch 7 % entstünden Spielräume für Investitionen, Arbeitsplätze und noch attraktivere Angebote der Betriebe. Also genau die positiven Effekte, die wir auch bei der Hotellerie bis heute erleben und denen wir das siebte Tourismusrekordjahr in Folge verdanken.

Diese steuerliche Ungleichbehandlung bei gleichzeitig höheren Betriebskosten stellt einen massiven Wettbewerbsnachteil für die Gastwirte dar. Wie die Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, spitzt sich die Lage

weiter zu. So weisen die gastronomischen Umsätze mit reduziertem Mehrwertsteuersatz ein überdurchschnittliches Wachstum aus. Von 2010 bis 2017 stiegen diese um 41,6 %, von 10,15 Milliarden in 2010 auf 14,37 Milliarden in 2017. Die gastronomischen Umsätze mit 19 % dagegen lediglich um 35,9 % von 40,65 Milliarden in 2010 auf 55,27 Milliarden in 2017.

Die steuerliche Ungleichbehandlung ist ein massiver WETTBEWERBSNACHTEIL.

Faire Wettbewerbsbedingungen schließen aber auch noch andere Bereiche mit ein. Letztlich geht es immer darum, dass, wenn zwei das Gleiche tun, dies auch unter denselben rechtlichen Voraussetzungen geschehen sollte. Und nicht, dass der Wirt Allergene aufzeichnen muss, wohingegen dies bei Vereinsfeiern nicht nötig ist. Oder dass im Bereich des Social Dining gar keine Hygienekontrolle stattfinden kann, da es sich nicht um Gewerbebetriebe handelt, obwohl für das Essen auch richtig viel gezahlt wird.

Maßnahmen

Vor diesem Hintergrund – Bedeutung des Dorfwirtshauses und dessen aktuelle Lage – entschied sich bereits 2017 die Bayerische Staatsregierung, ein Maßnahmenbündel gegen das weitere Schließen von gastgewerblichen Einheiten zu schnüren. Nachdem die meisten politi-

schen Rahmenbedingungen auf Bundes- oder gar EU-Ebene entschieden werden, brachte sie ein ganzes Maßnahmenbündel auf den Weg, um zumindest auf bayerischer Ebene zu handeln.

So wurde die strategische Kampagne „Zukunft für das bayerische Gastgewerbe“ mit verschiedenen Bausteinen entwickelt, um dem Sterben des Gastgewerbes insbesondere im ländlichen Raum entgegenzuwirken. Zur Zielerreichung werden alle Informations-, Beratungs- und Förderangebote von der Gründung über die Fortbildung und die Unternehmensnachfolge, die bereits jetzt zur Verfügung stehen, auf dieser zentralen Plattform gebündelt, noch besser aufbereitet und verbraucherorientiert übersichtlich und in verständlicher Sprache angeboten. Zugleich werden Ideen für die Gaststätte mit Zukunft modellhaft dargestellt. Vervollständigt wurde die Kampagne durch regionale Beratertage sowie den Aufbau und die Pflege einer fachspezifischen Beraterdatenbank und eines „FachkräfteNavigators“. Essenzieller Baustein der Kampagne ist die Ergänzung bestehender Beratungsangebote durch eine niederschwellige und kostenfreie Erstanalyse des Potenzials von klein- und mittelständischen Betrieben des Hotel- und Gaststättengewerbes sowie deren Hinführung an bestehende Förderprogramme des Landes und des Bundes. Mit dieser kostenfreien Momentaufnahme zur Potenzial- und Schwachstellenanalyse, der sogenannten „Blitzlichtberatung“, wird zudem der weitere mögliche Bedarf von Maßnahmen konkretisiert.

Da eine Auswertung dieser Beratungen gezeigt hat, dass rund ein Viertel der Wirte in ihren Betrieb investieren würde, jedoch nicht über die dazu nötigen Mit-

tel verfügt, führte die Bayerische Staatsregierung ein neues Investitionsprogramm, das Gaststättenmodernisierungsprogramm, ein. Dieses bietet den Wirten ohne große Eintrittsbarrieren finanzielle Unterstützung auch bei kleineren Anschaffungen, für die es bislang kein geeignetes Programm gab. Diese staatliche Förderung wird in vielen Fällen eine Initialzündung geben, den Betrieb zukunftsfähig aufstellen zu können und damit zu einer lebendigen Wirtshauskultur in allen Teilen Bayerns, vor allem im ländlichen Raum, beizutragen. Dementsprechend gefragt waren die Fördergelder und aufgrund der überwältigenden Resonanz war das Antragskontingent bei den Förderaufrufen bereits innerhalb weniger Minuten ausgeschöpft. Für mich ein klares Signal, dass diese Maßnahme weitergeführt werden sollte.

Die Bayerische Staatsregierung hat die strategische Kampagne „ZUKUNFT FÜR DAS BAYERISCHE GASTGEWERBE“ entwickelt.

Trotz aller Widrigkeiten glaube ich fest an die Zukunft der bayerischen Wirtshauskultur. Das staatliche Förderprogramm macht allen Wirten Mut, es nochmal richtig anzupacken. Mein Rat: Es ist nie zu spät. Und wenn es nur ganz kleine Schritte sind, die man gehen muss oder kann – irgendwann sollte man anfangen, den ersten zu tun. Am besten jetzt. ///



/// DR. THOMAS GEPPERT

ist Landesgeschäftsführer des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern e. V., München.

Anmerkungen

¹ Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH: Die Bedeutung des Hotel- und Gaststättengewerbes, Köln 2017.

² Maschke, Joachim / Harrer, Bernhard / Scherr, Silvia: Betriebsvergleich für die Hotellerie und Gastronomie in Bayern, hrsg. vom Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Fremdenverkehr e. V. (dwif) an der Universität München, München 2016.

³ Hopfinger, Hans / Kohnle, Florian / Wätzold, Tim: Genuss mit Geschichte? Die Wirtshauskultur in Bayern im Wandel, Eichstätt 2013, S. 5.

⁴ Dwif: Betriebsvergleich für die Hotellerie und Gastronomie in Bayern, S.2.

⁵ <https://www.wochen-arbeitszeit.de/home/umfrage/>, Stand: 18.9.2019.

/// Wieder an der Spitze des Fortschritts marschieren

SILICON VALLEY BAYERN

RUDOLF HANISCH /// Die Digitalisierung in Bayern war und ist eine Schicksalsfrage für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft im Freistaat. Eine kontinuierliche Innovationspolitik verwandelte das einstige Agrarland Bayern in einen führenden High-Tech-Standort und bereitete auf die Digitalisierung vor. Welche Folgerungen ergeben sich nun aus den aktuellen Herausforderungen des digitalen Wandels?*

Zukunftsoffensive Bayern

1993, als Edmund Stoiber Ministerpräsident wurde, hatte der Freistaat es in einem jahrzehntelangen Marsch geschafft, sich vom Agrarland zum Industriestaat zu entwickeln. Dieser Weg war auch vom Zuzug großer Unternehmen wie Siemens, Audi und Allianz geprägt, vor allem aber von einer seit 1946 kontinuierlichen Innovationspolitik. Bayern war dabei, vom Schlusslicht zum Vorreiter in Deutschland zu werden. Aber An-

fang der 90er-Jahre war diese Entwicklung in Gefahr. Die Zeit war geprägt von großer Migration und hoher Arbeitslosigkeit. Es drohten der Einzug der Republikaner ins Parlament und der Absturz der Regierungspartei, die in Umfragen nur noch bei 38 % lag. Die Überwindung der damaligen Krise war, wie Edmund Stoiber in seiner ersten Regierungserklärung feststellte, die größte Herausforderung seit dem Wiederaufbau nach dem Krieg.

Um bei der Digitalisierung mithalten zu können, braucht es unbedingt einen flächendeckenden Netzausbau.



Anfang 1990 kam die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns ins **STOCKEN**.

Damals gab mir der Ministerpräsident den Auftrag, als Amtschef der Staatskanzlei ein politisches Zukunftskonzept auf den Weg zu bringen, das Innovationen in den Mittelpunkt stellt. Die Schaffung innovativer Unternehmen und qualifizierter Arbeitsplätze war das oberste Ziel. So entstand die Offensive Zukunft Bayern, die zum größten und erfolgreichsten Innovationsprogramm in der Geschichte des Freistaats wurde, mit einem Gesamtvolumen von rund neun Milliarden Euro, je zur Hälfte aus Privatisierungserlösen und aus Komplementärmitteln von Wirtschaft, Bund und Land.

Dieses Konzept war revolutionär, denn Edmund Stoiber brach mit vielen politischen Traditionen. Ich nenne nur die Privatisierung von Staatsbeteiligungen, den Beschäftigungspakt mit den Gewerkschaften, die Regionalförderung von unten oder die Autonomie der Hochschulen. Erstmals war die Innovationspolitik bestimmend für alle Politikfelder, von der Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik bis zur Sozial-, Umwelt- und Kulturpolitik.

Die Offensive war zugleich eine kühne politische Vision, auf die Technologien der Zukunft wie die Informations- und Kommunikationstechnik und die Biotechnologie zu setzen, die, wie Stoiber seinerzeit schon feststellte, „möglicherweise morgen oder übermorgen traditionelle Wachstumsträger ablösen

können“. Er war sich dabei bewusst, dass er damit auch erhebliche Risiken einging, sagte aber dazu: „Aber wer Risiken scheut, nutzt auch gebotene Chancen nicht.“

Vorbild war die Innovationskultur des Silicon Valley, aber Bayern sollte keine Kopie davon werden, sondern ausgerichtet an der Sozialen Marktwirtschaft und am Gemeinwohl und nicht an einer marktradikalen Ideologie. Der Wohlstand der gesamten Gesellschaft sollte steigen, nicht das Vermögen weniger Personen. Ziel war ein Silicon Valley des Mittelstandes und nicht von globalen Monopolisten, die die staatliche Souveränität bei Steuern, Regeln und bald auch Währung unterlaufen. Und vor allem sollte ganz Bayern mit allen seinen Regionen ein Silicon Valley sein und nicht nur ein „Hot Spot“ von 3.000 Quadratkilometern wie in Kalifornien. Grundprinzipien waren Gestalten statt Verwalten, Stärken forcieren und nachhaltiges Wirtschaften. Vision war ein Silicon Valley Bayern, das den Fortschritt nutzt, um den Wohlstand und Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern.

Ziel war ein **BAYERISCHES Silicon Valley**, ausgerichtet am Gemeinwohl und der Sozialen Marktwirtschaft.

Ziele erreicht

Das Ziel wurde erreicht. Es ist gelungen, nicht nur eine Stagnation des Freistaats zu verhindern, sondern Bayern an die Spitze der deutschen Länder zu führen.

Das zeigt die Entwicklung des Wirtschaftswachstums, der Finanzkraft und der Beschäftigung: Seit Mitte der 90er-Jahre hat der Freistaat das höchste Wachstum in Deutschland, ist Geberland im Länderfinanzausgleich und hat die Arbeitslosigkeit kontinuierlich gesenkt bis zur aktuellen Vollbeschäftigung. Die Zukunftsoffensive hat wesentlich dazu beigetragen, dass über 20.000 neue mittelständische Unternehmen und insgesamt direkt oder indirekt über 2 Millionen Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert wurden.

Die Investitionen, Institutionen und Reformen dieser Offensive prägen Bayern noch immer. Beispiele sind die international herausragenden Leuchttürme der Digitalisierung in Garching, der Biotechnologie in Martinsried und der Medizintechnik in Erlangen, die Hochschulreform und die seinerzeit gegründeten neuen Fachhochschulen für Wirtschaft und Technik, der Ausbau der Spitzenforschung durch Max-Planck-, Fraunhofer- und Helmholtz-Institute, das Bayernnetz von Bayern Online als Grundlage der Digitalisierung sowie die 40 Gründerzentren und Gesellschaften wie Bayern Innovativ, Bayern Kapital, Bayern International oder Invest in Bavaria. Sie alle haben sich hervorragend entwickelt und bilden heute das Rückgrat der Innovationsinfrastruktur in Bayern. Ohne diese Investitionen und Reformen gäbe es den heutigen Wohlstand in Bayern nicht.

Auch die politische Bilanz ist eindrucksvoll. Mit einem Zukunftskonzept, das auf Zuversicht und Zusammenhalt setzte, wurde die absolute Mehrheit der Regierungspartei in drei Wahlen 1994, 1998 und 2003 gesichert, zuletzt mit über 60 %.

Bayern Online

Der Begriff der Digitalisierung ist heute in aller Munde, ohne dass es eine eindeutige Definition geben würde. Im ursprünglichen Sinn meint Digitalisierung das Umwandeln von analogen Informationen in digitale Formate. Eine weitere Bedeutung ist die digitale Transformation. Sie beschreibt die durch die Digitalisierung ausgelösten Veränderungsprozesse in der Gesellschaft inklusive Wirtschaft, Kultur, Bildung und Politik. In der Offensive Zukunft Bayern wurden Mitte der 90er-Jahre zwei Mega-Trends

Die Digitalisierung hat die Welt **VERÄNDERT**.

für Zukunftstechnologien identifiziert, auf die sich die Investitionen und Reformen konzentrierten: die Informations- und Kommunikationstechnik einerseits und die Life Science andererseits, flankiert durch Mechatronik, Material- und Umwelttechnik. Die Informations- und Kommunikationstechnik war der Schwerpunkt der Offensive. Ministerpräsident Edmund Stoiber hatte bereits vor 25 Jahren visionär festgestellt, dass sie bald alle Wirtschafts- und Lebensbereiche durchdringen würde. Und so kam es dann auch: Die Informations- und Kommunikationstechnik wurde zur Grundlage der Digitalisierung, die unsere Welt verändert hat und weiter verändern wird.

Begonnen hat die Digitalisierung in Bayern mit dem 1995 gestarteten Pro-

jekt Bayern Online. Es war mit 1 Milliarde DM dotiert und hat Bayern damals zum Vorreiter gemacht. Mit dem Bayernnetz wurden Bürgernetz, Behördennetz, Schulnetz und Hochschulnetz auf den Weg gebracht. Ein Glasfasernetz hat bereits 1996 alle bayerischen Universitäten und Fachhochschulen mit bis zu 155 MegaBit pro Sekunde verbunden. Zwei Jahre später wurde in Bayern die erste deutsche Gigabit-Strecke in Betrieb genommen. An das Schulnetz waren bereits Mitte 1999 97 % der Gymnasien, 89 % der Berufsschulen und 74 % der Hauptschulen angeschlossen. Damals wurde auch die Virtuelle Hochschule Bayern als bundesweit erste Hochschule mit einem Online-Angebot geschaffen.

Eine Vielzahl weiterer Projekte wurde damals entwickelt: Telemedizin und Telearbeit, e-commerce und e-government, um nur einige Beispiele zu nennen. Ziel war es, Bayern flächendeckend in allen Landesteilen zu vernetzen, um überall digitale Chancen und damit gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen.

Digitalisierung: Schicksalsfrage der deutschen Wirtschaft

Den Menschen im Freistaat geht es heute insgesamt so gut wie noch nie, vor allem im Ballungsraum München. Doch angesichts der globalen Herausforderungen für das Exportland Bayern wäre Stillstand ein Rückschritt. Daher ist eine kritische Standortbestimmung geboten. So hat die Dynamik beim Ausbau des Netzes und der Anwendungen nach der Regierungszeit von Edmund Stoiber deutlich nachgelassen, vor allem weil auf Bundesebene zu lange auf Kupferkabel gesetzt und kein lokales Roaming durchgesetzt wurde. Deutschland

ist zurückgefallen und damit auch Bayern. Erst 2015 brachte Bayern Digital wieder einen Innovationsschub. Bayern sollte „zur Leitregion des digitalen Aufbruchs“ werden, so Ministerpräsident Horst Seehofer. Im jüngsten digitalen Länderkompass des Verbandes der Internetwirtschaft liegt der Freistaat nur im Mittelfeld.

Der digitale Aufbruch in Bayern hat an DYNAMIK verloren.

International steht Deutschland vor einer gewaltigen Aufholjagd, um eine führende Position zu erreichen. Das Geschäftsfeld Internet der Dienste ging an die USA und China verloren, deren Internetgiganten Google, Facebook & Co oder Alibaba und Tencent mit ihren Plattformtechnologien mittlerweile den Weltmarkt beherrschen. Es bleibt das Internet der Dinge, die Industrie 4.0, um die traditionellen Stärken des deutschen Maschinenbaus in neue Dimensionen zu führen. Aber auch hier wird es schwer, sich zu behaupten, wie ein Blick auf die einzelnen Bausteine zeigt:

- Big Data wird von den gewaltigen Datenbeständen der US-Firmen beherrscht.
- In der künstlichen Intelligenz liegen die USA und China weit vor Deutschland.
- Von den 500 größten Supercomputern stehen 200 in China und nur 20 in Deutschland.

- In der Robotik wurde der Weltmarktführer Kuka an die Chinesen verkauft und
- im Ranking der Ingenieurwissenschaften liegen zehn chinesische Universitäten vor der TU München.

Erfolgsfaktoren für die Zukunft der digitalen Transformation in Bayern Europa

Vor vier Jahren hat Günther Oettinger, seinerzeit EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, klar ausgesprochen, wo Deutschland und Europa im internationalen Wettbewerb stehen: „Wir haben derzeit keine europäische, keine deutsche, keine eigene digitale Souveränität und zu wenig digitale Autorität. Die zu gewinnen, muss ein Ehrgeiz Europas sein.“

Bei den Rahmenbedingungen für mehr fairen Wettbewerb gibt es kleine Fortschritte im Datenschutz, bei Löschvorschriften, im Urheberrecht und bald wohl auch bei der Digitalsteuer. Noch immer fehlt es aber an der digitalen Kompetenz. Es ist gut, dass der Freistaat einen Forschungsverbund bayerischer Hochschulen für künstliche Intelligenz schafft und der Bund Deutschland mit 3 Milliarden Euro zu einem „weltweit führenden“ Standort bei der KI-Forschung ausbauen will. Die Übermacht der USA bei den KI-Patenten und der Chinesen bei Investitionen von 150 Milliarden Euro bis 2030 macht aber deutlich, dass nur eine europäische Digitalinitiative zielführend sein kann.

Wissenschaft und Forschung betreffen zudem nur die Invention, die von der Innovation zu unterscheiden ist. Von Schumpeter wissen wir, dass erst die Umsetzung von Erfindungen in marktgängige Produkte und Dienstleistungen eine Innovation ist. So stammen z.B.

zentrale KI-Entwicklungen von selbstfahrenden Autos bis hin zur Spracherkennung und lernenden künstlichen neuronalen Netzen aus Deutschland. Wirtschaftlich verwertet wurden sie aber erst von Unternehmen wie Google und Amazon. Diese können dank ihrer immensen Marktmacht und Finanzkraft nahezu beliebig Start-ups aufkaufen, herausragende Entwickler an sich binden und neue Technologiefelder besetzen.

Daher sollten mehr europäische Unternehmen geschaffen werden, die auf Augenhöhe mit Amerikanern und Chinesen agieren können. Dass das geht, hat der Visionär Franz Josef Strauß als Baumeister von Airbus unter Beweis gestellt. Er hatte erkannt, dass eine Konkurrenz zu Boeing weder bayerisch noch deutsch, sondern nur europäisch sein kann. Ein weiteres Beispiel für er-

Es braucht eine EUROPÄISCHE Digitalinitiative gegen die Übermacht der USA und Chinas.

folgreiche europäische Zusammenarbeit ist das EU-Projekt Galileo, an dem Bayern maßgeblich beteiligt ist. Warum sollte eine derartige europäische Initiative für zentrale Bereiche der Digitalisierung wie die Künstliche Intelligenz nicht möglich sein?

Der Mittelstand

Die Stärkung des innovativen Mittelstandes und die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze im ganzen Land waren

wesentliche Ziele der Zukunftsoffensive. Der Mittelstand ist das Fundament der Wirtschaft im Freistaat und Garant für Wohlstand und zukunftsfähige Arbeits- und Ausbildungsplätze. Er ist auch die breite Basis für Innovationen mit über 1.000 deutschen Weltmarktführern, davon allein 260 in Bayern – beinahe so viele wie in den gesamten Vereinigten Staaten mit 300. Bayern Innovativ und die Clusterpolitik haben zum notwendigen Technologietransfer in den Mittelstand beigetragen.

Der MITTELSTAND muss weiter gestärkt werden.

Die Zukunftsoffensive hat auch die Infrastruktur für die Gründung neuer innovativer Unternehmen im Freistaat gebracht. Gründerzentren und Gründerkapital sind da, doch es fehlt an Wachstumskapital. Gerade Start-ups der neuen digitalen Gründerzentren sind darauf angewiesen, um die notwendige Größe für den Markt zu erreichen. Bis heute hat der Bund kein Venture-Capital-Gesetz für die erforderlichen steuerlichen Erleichterungen geschaffen. Zum Vergleich: In den USA wurden 2018 rund 111 Milliarden und in China bereits 105 Milliarden Dollar an Wachstumskapital investiert, in Deutschland gerade mal 6 Milliarden.

Ländlicher Raum

Der ländliche Raum Bayerns muss gestärkt werden. Eine Studie im Auftrag

des Verbandes der Bayerischen Wirtschaft hat gezeigt, dass bayernweit 42 % der Bevölkerung in schrumpfenden Gemeinden leben. In Oberfranken sind es sogar 70 %. Die Stärkung des ländlichen Raumes ist wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch dringend geboten. Zentrale Voraussetzung dafür ist ein flächendeckendes Digitalnetz, glasfasergebunden wie mobil. Es muss vorrangig und nicht nur als Restgröße dort ausgebaut werden. Schon Bayern Online zielte darauf ab, ein flächendeckendes Netz für wettbewerbsfähige Firmen, umweltfreundliche Landwirtschaft und attraktive Standorte zu schaffen. Jedes Haus und jeder Hof müssen einen Glasfaseranschluss und eine 5 G-Verbindung haben. Ein Bündnis vom Landkreistag über den Bauernverband bis zum Zentralverband des Handwerks hat das jüngst bekräftigt.

Eine dezentrale Innovationsoffensive könnte zudem wieder die regionalen Stärken forcieren. Das Herzstück der regionalisierten Innovation in Bayern war seinerzeit das Regionalkonzept. „Runde Tische“ in den einzelnen Regierungsbezirken mit den Präsidenten der Hochschulen, der Industrie- und Handwerkskammern, den Vertretern der Gewerkschaften und Kommunen haben selbst, koordiniert durch den Regierungspräsidenten, regionsspezifische innovative Projekte entwickelt. Jede Region erhielt dafür ein Kontingent, das durch Komplementärmittel der Wirtschaft jeweils verdoppelt wurde. Hieraus wurden über 200 Vorhaben im Gesamtvolumen von 370 Mio. € realisiert. Nahezu alle haben sich positiv entwickelt und zusammen mit den Fachhochschulen und Gründerzentren einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der jeweiligen Region erbracht.

Die REGIONALE Innovation muss wieder angestoßen und vorangetrieben werden.

Die Regierungen, die Wissenschaftler und die Unternehmer vor Ort haben dieses regionalpolitische Konzept einhellig begrüßt. Die Projekte waren ein Dokument der Verwaltung von unten in Bayern, ein Zeichen der Dezentralisation und der Verantwortungsübernahme vor Ort. Das hatte nicht nur technologische und wirtschaftliche Bedeutung, sondern war auch ein Signal des Aufbruchs, der Stärkung der regionalen Identität und der Bindung an die Heimat.

Technologiekompetenz

Für eine erfolgreiche digitale Transformation muss die Technologiekompetenz der Gesellschaft gestärkt werden, vor allem in den Schulen und Betrieben. Im Beschäftigungspakt der Staatsregierung mit Arbeitgebern und Gewerkschaften wurde bereits 1996 eine Qualifizierungsoffensive für die Weiterbildung der Arbeitnehmer auf den Weg gebracht. Digitale Kompetenzen sind heute genauso wichtig sind wie fachliche und soziale Fähigkeiten. Rund zwei Drittel aller Unternehmen bieten nach einer Studie von TÜV und Bitkom ihren Mitarbeitern Fortbildungen zu Digitalthemen an. Mit dem Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0 hat der Freistaat wieder eine vorbildliche Plattform für weitere Initiativen zur digitalen Weiterbildung geschaffen.

Ein konservatives Schlusswort

Zum Schluss komme ich auf Franz Josef Strauß zurück, dessen Referent für politische Grundsatzfragen ich in den 80-ern war. Er hat formuliert, was den Kern konservativer Politik ausmacht: „Konservativ sein heißt nicht nach hinten blicken, sondern an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.“ Das war das Leitmotiv der Zukunftsoffensive. Es sollte auch das Leitmotiv für die digitale Transformation in Bayern sein. ///



/// DR. RUDOLF HANISCH
war Amtschef der Bayerischen Staatskanzlei unter Ministerpräsident Stoiber, München.

Anmerkung

* In seinem Buch „Silicon Valley Bayern“ hat Rudolf Hanisch die Geschichte und Perspektiven der Innovationspolitik in Bayern dokumentiert; siehe dazu auch die Rezension in Heft 484/2019 der Politischen Studien, S. 82 ff.

/// Das Toleranzprojekt der VAE und das Dokument zur menschlichen Brüderlichkeit 2019

ÜBER RELIGIONSFRIEDEN ZUM WELTFRIEDEN?

GERHARD ARNOLD /// Das Toleranz-Projekt der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) möchte die eigene Praxis des respektvollen und friedlichen Zusammenlebens als weltweites Vorbild verbreiten. Dazu nutzt es jetzt das Dokument über die menschliche Brüderlichkeit, das Papst Franziskus und der Groß-Imam der al Azhar-Hochschule in Kairo, Scheich al Tayyeb, in Abu Dhabi unterzeichnet haben.

Der bekannte katholische Theologe Hans Küng veröffentlichte 1990 sein Projekt Weltethos, das den Weg vom Religionsfrieden zum Weltfrieden beschreibt.¹ Er ist der Überzeugung, dass man aus philosophischen Traditionen und gemeinsamen Werten in den Weltreligionen ein Weltethos im Sinne gemeinsamer ethischer Standards unter

den Menschen entwickeln kann. Der Zuspruch von seinen Fachkollegen, evangelischen wie katholischen, blieb aber verhalten.

Das Toleranzprojekt der Vereinigten Arabischen Emirate

Man wird an dieses Küng'sche Unternehmen erinnert, wenn man auf das



Papst Franziskus und der der Groß-Imam der al Azhar-Hochschule in Kairo, Scheich al Tayyeb, Anfang Februar 2019 in Abu Dhabi bei der Unterzeichnung des interreligiösen Dokuments zur menschlichen Brüderlichkeit.

Toleranzprojekt der Vereinigten Arabischen Emirate blickt, das unter ganz anderen Voraussetzungen seit Jahren etwas Ähnliches betreibt. Die Golfemirate unter Führung von Abu Dhabi verstehen sich selbst als Vorbild für ein

friedliches und respektvolles Zusammenleben von Menschen mit über 200 verschiedenen Nationalitäten aus vielen Ländern, mit noch mehr Sprachen und kulturellen Besonderheiten. 85 % der Bewohner der VAE bestehen aus Gastarbeitern. Nach Überzeugung der herrschenden Familien kann ein friedliches Zusammenleben nur durch gegenseitigen Respekt, Gleichbehandlung sowie einen friedlichen Islam gelingen. 2014 wurde in Abu Dhabi „Der muslimische Rat der Älteren“ gegründet, mit dem erklärten Ziel, „den Frieden in den muslimischen Gemeinschaften zu fördern“. Seine internationalen Mitglieder sollen zusammenar-

Hans Küng entwickelte 1990 mit seinem Projekt WELTETHOS einen Weg über den Religionsfrieden zum Weltfrieden.

beiten und dabei die Quellen des Konflikts, der Spaltung und Fragmentierung der muslimischen Gemeinschaften ansprechen.² 2016 wurde sogar ein eigenes „Ministerium für Toleranz“ errichtet. Auch wenn der Islam seit jeher die Staatsreligion bildet, genießen die Religionen der Gastarbeiter staatliche Anerkennung, wobei zum Christentum etwa eine Million Gläubige zählen. Auf den ihnen zugewiesenen Grundstücken (church compounds), aber nur dort, können sie und die anderen Religionen ungestört ihre Gottesdienste feiern.

Weltweite Förderung der Toleranz dient dem Weltfrieden

Inzwischen verstehen sich die Emirate und insbesondere die politisch führende Hauptstadt Abu Dhabi als Leuchtturm der Toleranz weltweit und unterstreichen dies durch eine Vielfalt internationaler Veranstaltungen und politischer Begegnungen. Die Emirate haben den Anspruch, durch ihre Förderung einer weltweiten Kultur der Toleranz und des friedlichen Zusammenlebens dem Weltfrieden zu dienen. Hier klingt in der Sache das Küng'sche Projekt³ des Weltethos an. Am 15. und 16. November 2018 fand in Dubai der erste „World Tolerance Summit“ statt, mit etwa 1.000 Teilnehmern, vor allem aus der internationalen Politik. Sein Motto lautete: „Durch Pluralismus Erfolg haben“.

Die VAE fördern eine weltweite Kultur der TOLERANZ.

Das Toleranz-Projekt ist nicht zufällig erst in den Jahren nach der weithin gescheiterten „Arabellion“ 2011 entwickelt worden, dem Aufstand vieler junger gebildeter Menschen gegen die autokratischen arabischen Regime von Tunesien bis nach Syrien. Die wirtschaftlich außerordentlich erfolgreichen Emirate möchten sich vor allem gegenüber der westlichen Welt als das bessere, modernere und fortschrittlichere Arabien präsentieren. Auf die weit verbreitete Kritik an den gewalttätigen Strömungen des Islam antwortet man mit einem attraktiven Gegenmodell. Doch wie wollen die VAE ihr Toleranzprojekt weltweit voranbringen? Hierfür bot sich zu Jahresbeginn 2019 eine einzigartige Gelegenheit.

Der Papstbesuch, die Religionskonferenz und das Dokument von Abu Dhabi

Unabhängig von den Initiativen von Abu Dhabi erarbeitete im Jahr 2018 Papst Franziskus mit dem prominenten religiösen Führer des sunnitischen Islam, dem Groß-Imam der islamischen al Azhar-Hochschule in Kairo, Scheich al Tayyeb, ein ausführliches Dokument über die menschliche Brüderlichkeit als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens der Menschen.

In Kenntnis dieses Projekts ließ der Kronprinz von Abu Dhabi in Absprache mit dem „Muslimischen Rat der Älteren“ eine große internationale Religionsversammlung in Abu Dhabi organisieren, die „Weltkonferenz über menschliche Brüderlichkeit“. Auf ihr sollte dann das interreligiöse Dokument im Beisein von Papst Franziskus und Scheich al Tayyeb unterzeichnet und vorgestellt werden. Nachdem der römische Pontifex bereits 2016 vom

Herrscherhaus in Abu Dhabi zu einem Besuch eingeladen wurde, sollte dieser nun Anfang Februar 2019 stattfinden. Verschiedene Interessen kamen zusammen, darunter auch das des Papstes, die zahlreichen katholischen Gastarbeiter in den Emiraten mit einem Besuch zu würdigen und sie in ihrem Glauben zu stärken. Vom 3. bis 5. Februar 2019 hielt sich der Papst im Emirat Abu Dhabi auf.⁴ Nach seiner feierlichen Ansprache vor der Konferenz am 4. Februar wurde das interreligiöse Dokument von den beiden Urhebern unterzeichnet. Die Bilder von der Zeremonie und von der Umarmung der beiden hohen religiösen Führer gingen um die Welt. Das Medienecho war enorm.⁵

Im Februar 2019 unterzeichneten Papst Franziskus und der Groß-Imam Scheich al Tayyeb ein INTER-RELIGIÖSES Dokument.

Das interreligiöse Dokument und sein Anliegen

Das „Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“⁶ ist getragen von dem Bemühen, das Gemeinsame der beiden großen Religionen so breit wie möglich darzustellen und das Trennende völlig beiseite zu lassen, allerdings ohne Letzteres auch zu sagen.

Der Text beginnt mit der Anrufung Gottes, „der alle Menschen mit gleichen Rechten, gleichen Pflichten und gleicher Würde geschaffen hat und der sie dazu

berufen hat, als Brüder und Schwestern miteinander zusammenzuleben, die Erde zu bevölkern und auf ihr die Werte des Guten, der Liebe und des Friedens zu verbreiten“. Damit ist der Grundton des Dokuments im Kern zusammengefasst. Unterschiedliche Themenfelder werden entfaltet, wozu die Krise der modernen Welt und die globale Ungerechtigkeit gehören, aber auch gemeinsame moralische Grundwerte.

Die beiden Religionsführer sehen es als Aufgabe der Religionen an, zum Glauben an einen Gott als Schöpfer des Universums und Spender des menschlichen Lebens aufzurufen. „Ebenso erklären wir mit Festigkeit, dass die Religionen niemals zum Krieg aufwiegeln und keine Gefühle des Hasses, der Feindseligkeit, des Extremismus wecken und auch nicht zur Gewalt oder zum Blutvergießen auffordern.“ Religiöse Gewalt sei Missbrauch der Religion. Die beiden Religionsführer sind überzeugt, dass die Verbreitung einer Kultur der Toleranz „viele wirtschaftliche, soziale, politische und umweltbezogene Probleme“ der Menschheit verringern würde. Die Bedeutung der allgemeinen Menschenrechte wird nur einmal und beiläufig angesprochen. Die Religionsfreiheit begegnet getrennt davon lediglich in der Reihung von „Bekenntnis-, Gedanken-, Meinungsfreiheit“, also abgeschwächt und ohne nähere Erläuterung.

Abu Dhabi als Promotor des Religionsdokuments

Das Herrscherhaus von Abu Dhabi konnte nun auf dieses international viel beachtete Dokument zur menschlichen Brüderlichkeit zurückgreifen, um seine weltweiten Initiativen zur Förderung der Toleranz und des friedlichen menschlichen

Zusammenlebens voranzubringen. Bereits zwei Tage nach der Unterzeichnung legte der Kronprinz den „Zayed Global-Fond für Koexistenz“ auf, der weltweit Initiativen und Projekte finanziell unterstützen soll, die eine Kultur des friedlichen Zusammenlebens fördern. Seitdem sind die VAE-Botschaften im Ausland bemüht, das Dokument von Abu Dhabi in unterschiedlichen Veranstaltungen, auch bei der UNO, bekannt zu machen und für seine Anliegen zu werben.

Abu Dhabi FÖRDERT die Bekanntmachung und Zielumsetzung des Religionsdokumentes.

Der Kronprinz berief darüber hinaus am 19. August 2019 das „Hohe Komitee zur Umsetzung des Dokuments zur menschlichen Brüderlichkeit“⁷. Zu seinen sieben Mitgliedern gehört auch Bischof Guixot, der in Rom als Präsident den „Päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog“ leitet. Die Aufgaben des Komitees sind hoch gesteckt. Es soll ein Rahmenwerk schaffen, um die Ziele des Dokuments regional und international umzusetzen. Sein Anspruch geht so weit, dass man im Ausland gesetzgebende Institutionen drängen will, die Festlegungen des Dokuments in nationaler Gesetzgebung zu verankern, um die Werte von gegenseitigem Respekt und Koexistenz letztlich weltweit zur Geltung zu bringen. Papst Franziskus hat am 26. August sehr freundliche Worte zur Gründung dieses Gremiums gefunden.

Rezeptionen im katholischen Raum

Dem römischen Pontifex liegt das interreligiöse Gespräch insbesondere mit muslimischen Partnern seit Jahren am Herzen und er hat deshalb schon mehrere islamische Länder besucht. Er lässt keine Gelegenheit aus, für ein brüderliches und friedliches Zusammenleben zu werben, in Absage an jeglichen religiösen Fanatismus. Das Dokument von Abu Dhabi bestärkt ihn in seinem Wirken. Der Apostolische Vikar im schwer kriegszerstörten Aleppo in Syrien, Bischof Khazen, war bereits am Tag nach dessen Unterzeichnung, am 5. Februar 2019 voller Lob und drückte die Hoffnung aus, dass die hohe Autorität des Mitunterzeichners, Scheich al Tayyeb, einen beruhigenden Einfluss auf die Muslime in Syrien haben werde. Die Absage an jede religiöse Gewalt und an Terrorismus sei sehr wichtig. Die griechisch-katholische melkitische Kirche im Nahen Osten, um nur ein Beispiel zu nennen, will das Dokument in die Theologenausbildung aufnehmen und darüber hinaus behandeln.

Es wurde auch am 21. Mai 2019 in Genf auf der internationalen Konferenz zum Thema „Gemeinsam den Frieden fördern“, intensiv beraten. Veranstalter waren der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) und der „Päpstliche Rat für den Interreligiösen Dialog“. Zur bisherigen Rezeption in der katholischen Welt gehört auch die Erklärung des philippinischen Präsidentenberaters für Friedensfragen am 15. August 2019, man werde es als wichtiges Dokument in den eigenen Friedensprozess aufnehmen.

Rezeption in Ägypten

Hat sich in dem zurückliegenden guten halben Jahr der Groß-Imam der al Azhar-Hochschule als entschlossener För-

In ÄGYPTEN verbreitet sich das Dokument im säkularen Bereich.

derer des Religionsdokuments erwiesen? Das kann man nicht sagen, auch wenn er einem bischöflichen Besucher aus Deutschland versichert hat, es werde in den Studiengang seiner Hochschule integriert. Diese Hochschule genießt in der sunnitisch-islamischen Welt großes Ansehen, doch die Kritik an dieser Institution und dem Groß-Imam ist in Ägypten und bei arabischen Fachleuten außerhalb sehr vernehmlich. Sie reicht vom Traditionalismus bis zur Unterstützung des islamischen Extremismus. Auch Staatspräsident al Sisi ermahnt die Hochschule häufig, sich endlich für eine moderne Islam-Auslegung zu öffnen. Nach Aussage des katholisch-armenischen Bischofs in Alexandria, Bischof Coussa, wird das Dokument von Abu Dhabi in den großen ägyptischen Zeitungen und in säkularen Publikationen behandelt und so immer weiter bekannt gemacht.

Kritische Anfragen

Seit Begründung des Küng'schen Welteithos-Projekts 1990 tagten dutzende hochkarätige internationale Konferenzen, auf denen u. a. die Themen Religionsfrieden, Religionsfreiheit und Menschenrechte ausgiebig behandelt wurden. Aber wo sind die sichtbaren Erfolge? Nach Auffassung vieler Experten hat im genannten Zeitraum die Verfolgung religiöser Minderheiten in Südost- und Ostasien beständig zugenommen.⁸ Hindu-Nationalisten stellen in Indien die

Bundesregierung, Leute, die die muslimische und christliche Minderheit nicht als Mitbürger akzeptieren und nicht gegen religiös motivierte Gewalt gegen diese vorgehen. Der aggressive buddhistische Nationalismus in Myanmar wird längst nicht mehr nur von fanatischen Mönchen verbreitet, sondern hat weite Teile der Bevölkerung erfasst. Nur so war 2017 die Massenvertreibung der islamischen Rohingya möglich. In Indonesien stemmen sich die weltoffenen islamischen Gruppierungen der Zivilgesellschaft gegen den Vormarsch starker gewalttätiger islamistischer Kräfte.

Die weltweite Verfolgung religiöser Minderheiten NIMMT ZU.

Interreligiöse Konferenzen reichen zur Therapie kaum aus. Der Vormarsch religiöser Intoleranz und Gewalt hat vielfältige Ursachen, auch sozialer und wirtschaftlicher Art. Er gehört mit zur dunklen Seite der Globalisierung, die viele Menschen verunsichert und für einfache religiöse Parolen empfänglich macht. Religiöse Führungskräfte haben eine besondere Verantwortung, die eigenen institutionellen Gewaltgeschichten in Vergangenheit und Gegenwart aufzuarbeiten. Das sind aber langwierige Prozesse.

Große Aufgaben

Die Vereinigten Arabischen Emirate haben den ernsthaften Willen und enorme Finanzmittel, ihr Toleranzprojekt inter-

national zu verbreiten. Die katholische Kirche ist ebenfalls weltweit als Friedenskraft tätig und die vielen moderaten Muslime können sich bei ihrem Einsatz für einen friedlichen Islam auf das Religionsdokument von Abu Dhabi berufen. Wunder darf man von ihrem Engagement allerdings nicht erwarten.. ///



/// GERHARD ARNOLD

ist ev. Theologe und arbeitet als wissenschaftlich-zeitgeschichtlicher Publizist v. a. über die Lage der Christen im Nahen und Mittleren Osten, Würzburg.

Anmerkungen

¹ Das Projekt Weltethos hat eine eigene Website eingerichtet, auf der Konzept, Veranstaltungen etc. angezeigt werden: www.weltethos.de, Stand: 28.8.2019.

² Zum Selbstverständnis siehe die offizielle Website in Englisch: <https://www.muslim-elders.com/en>, Stand: 28.8.2019.

³ Zur konzeptionellen Darstellung, zu den Teilnehmern und Begleitaustellungen etc. siehe die offizielle Website in Englisch: www.worldtolerance-summit.com/en-US. Die offizielle Sicht von Masudi, Faisal: First-ever World Tolerance Summit to be held in Dubai, Around 1,000 leaders and delegates to forge partnerships against extremism during two-day event in November, in: Gulf News online, 25.6.2018, <https://gulfnews.com/entertainment/arts-culture/first-ever-world-tolerance-summit-to-be-held-in-dubai-1.2242097>, Stand: 28.8.2019; siehe aber auch die kritische Darstellung unter Menschenrechtsgesichtspunkten von Human Rights Watch: Zayadin, Hiba: Hypocrisy of Dubai's World Tolerance Summit, Conference Cannot Hide Worsening Repression in the United Arab Emirates, HRW online, 14.11.2018, <https://www.hrw.org/news/2018/11/14/hypocrisy-dubai-world-tolerance-summit>, Stand: 28.8.2019.

⁴ Siehe dazu die umfangreiche Website zum Papstbesuch in Englisch: <https://uaepapalvisit.org>, Stand: 28.8.2019.

⁵ Ernste kritische Anfragen an die dunklen Seiten der Politik der Emirate nach innen und außen finden sich in knapper Darstellung bei Arnold, Gerhard: Modernisierung und Imagepflege, Das Toleranzprojekt der VAE und das Dokument über die Brüderlichkeit, in: Ökumenische Information (ÖKI) Nr. 30, hrsg. von der katholischen Nachrichtenagentur KNA, 23.7.2019.

⁶ Die offizielle Ausfertigung erfolgte in italienischer und arabischer Sprache. Eine deutsche Übersetzung findet man auf der Website der Presseabteilung des Vatikan: https://w2.vatican.va/content/francesco/de/travels/2019/outside/documents/papa-francesco_20190204_documento-fratellaanza-umana.html, Stand: 28.8.2019. Der Ausdruck im Manuskriptformat mit einfachem Zeilenabstand umfasst etwas mehr als sechs Seiten. Alle folgenden Zitate im Text entstammen dieser Übersetzung.

⁷ Zum Zweck des Komitees siehe die Presseerklärung der offiziellen Nachrichtenagentur der Emirate, WAM: Higher Committee set up to implement landmark Human Fraternity Document, 19.8.2019, <https://wam.ae/en/details/1395302780611>, Stand: 28.8.2019.

⁸ Zur ersten Orientierung siehe z. B. Shah, Dian A. H.: Gesetzgebung, Religion und soziale Spaltung in Asien: Zusammenhänge und Herausforderungen, Auslandsinformationen 4/2017 der Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 56-67.



Idriz, Benjamin: Der Koran und die Frauen. Ein Imam erklärt vergessene Seiten des Islam. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2019, 192 Seiten, € 18,00.

/// Unterdrückt oder gleichgestellt: Was steht wirklich im Koran?

DIE STELLUNG DER FRAU IM ISLAM

„Gründe für den gesellschaftlichen Zusammenbruch in der muslimischen Welt gibt es viele, dennoch stehen ganz oben auf der Skala die Art und Weise, wie wir unsere Kinder in Bezug auf Frauen erziehen und, damit verbunden, das Unrecht, das den Frauen im Namen des Islam angetan wurde“ (S. 126). So schonungslos und kritisch analysiert der deutsche Imam Benjamin Idriz in seinem neuen Buch „Der Koran und die Frauen. Ein Imam erklärt vergessene Seiten des Islam“ Angehörige der eigenen Religion und den gegenwärtigen

Zustand in vielen islamisch geprägten Ländern. Es behandelt den gesamtgesellschaftlich äußerst kritisch und häufig polemisch diskutierten Themenkomplex „Islam und Frauen“.

Vorarbeit leistete Idriz bereits 2010, als er das Thema in seinem Buch „Grüß Gott Herr Imam“ aufgriff. Auch im Rahmen seiner Dissertation „Die horizontalen Aspekte im Islam“ (2016) widmete er sich eingehender dieser Thematik. In seiner gegenwärtigen Abhandlung arbeitet Idriz mit wissenschaftlich korrekten Angaben, ohne jedoch einen hochgesto-

chenen Wälzer vorzulegen. Mit seinen 165 Seiten Text ist das Buch auch für Nicht-Wissenschaftler zugänglich. Im Vorwort weist Benjamin Idriz auf „Maqasid asch-Scharia“ (arab. für „Sinn und Zweck der Norm“) als Verständnisgrundlage für sein Buch hin. Dies erinnert sehr stark an die Lehre von Fazlur Rahman aus Pakistan. Demnach solle die zeitlose „Essenz“ der Botschaft des Koran hinter dem bloßen Wortlaut herausgearbeitet und dann auf die jeweilige Zeit angewandt werden. Also: Sinn und Zweck vor Wortwörtlichkeit. Idriz verknüpft Maqasid mit der 4. islamischen Rechtsquelle, der eigenen Meinung auf Basis intellektuellen Bemühens (Idschti-had), nach erstens Koran, zweitens Prophetenüberlieferungen (Hadithe) und drittens Gelehrtenkonsens (Idschma).

Das erste Kapitel widmet Benjamin Idriz der historischen Kontextualisierung des Koran. Nur mit Wissen über die vorislamische Gesellschaftsordnung (Dsahiliya) könne der dynamische Geist des Koran verstanden werden. Dabei werde deutlich, dass der Koran die Stellung der Frau im Vergleich zur vorislamischen Zeit fundamental verbessert habe, was Benjamin Idriz stets mit Koranstellen belegt. Daher sei auch die Sure „Die Frauen“ (arab. an-Nisa) offenbart worden, eine Kampfansage an die patriarchale Ordnung der damaligen Zeit. Mit dem Koran werde der Frau erstmals eine Mitgift (Mahr) als Voraussetzung für die Ehe garantiert, bei deren Verwaltung der Mann kein Mitbestimmungsrecht hat. Auch die Polygamie werde im Koran im historischen Kontext stark reglementiert. In der Dsahiliya sei die Anzahl der Frauen nicht begrenzt gewesen. Auch die koranische Begrenzung der Vielehe auf vier Frauen sei an strenge Bedingungen geknüpft worden und der Ko-

ran stelle sie prinzipiell infrage: „Wenn Gott in den Raum stellt, dass eine gerechte Gleichbehandlung mehrerer Frauen kaum zu erreichen ist, dann wird doch klar, was das Ziel sein soll: Polygamie letztlich zu überwinden“ (S. 33).

Des Weiteren betont Idriz die Relevanz von Hadith-Kritik auf Basis des Koran. Nur Prophetenüberlieferungen, die dem Geist des Koran entsprechen, könnten gelten gelassen werden, alle anderen, z. B. frauenfeindliche Hadithe, seien zu verwerfen (S. 119). Anders als die Bibel kenne der Koran keine Erschaffung Evas aus Adams Rippe. Beide seien aus einer „einzigen Wesenheit“ (arab. nafsun wahida) (S. 81 ff.) geschaffen worden, was die Gleichheit von Mann und Frau begründe. Trotzdem habe eine frauenfeindliche und patriarchalische Lesart den revolutionären Geist des Koran überlagert, wogegen Idriz unmissverständlich Position bezieht: „Der Koran widerspricht dieser biblischen Darstellung zur Erschaffung der Frau aus der Rippe des Mannes und korrigiert sie [...] Mann und Frau wurden nicht nacheinander und nachrangig, sondern gleichzeitig und gleichrangig geschaffen“ (S. 84). Idriz positioniert sich ebenfalls unter Berufung auf Gelehrte gegen die Kinderehe.

Trotzdem sieht er eine Gefahr der Fehlinterpretation einiger Koranstellen. Sure 34:4 werde z. B. fälschlicherweise so ausgelegt, dass Männer über den Frauen stünden. Das arabische Wort „qawwamuna“, das häufig als „sie stehen vor“ interpretiert werde, bedeute allerdings eigentlich, dass Männer sensibel, freundlich und respektvoll mit ihren Frauen umgehen sollten. Idriz erfindet hierbei keine neue Deutung, sondern beruft sich auf Gelehrte wie Muhammad Asad.

Noch ausführlicher geht Benjamin Idriz auf Sure 4:34 ein, die sowohl von einigen Muslimen, aber auch von Muslimfeinden als Beleg dafür herangezogen wird, dass der Koran Gewalt gegen Frauen legitimiere. Dass der Befehl „wadribuhunna“, wegen seiner arabischen Wortwurzel „da-ra-ba“ als „und schlägt sie!“ übersetzt und interpretiert werde, sei eine fatale Fehlinterpretation. Im Kontext zu anderen Koranversen sei dies falsch, denn „der Wortstamm da-ra-ba kommt im Koran 53-mal vor. An keiner anderen Stelle, außer in 4:34, wird er mit ‚schlagen‘ im Sinne körperlicher Gewaltanwendung übersetzt“ (S. 97). Im Zusammenhang mit dem islamischen Prinzip der Unversehrtheit (arab. „Hurma“) und den „göttlichen Hauptprinzipien der ‚Ruhe, Zuneigung, Liebe, Zärtlichkeit und Barmherzigkeit‘ (30:31)“, (S.99) müsse die Koranstelle mit „und trennt euch für eine Weile von ihnen“ (S. 95) übersetzt und gedeutet werden. Muhammad selbst habe nie Gewalt gegen Frauen angewandt. Für alle, die durch mediale Diskurse negativ vorgeprägt sind, ist das Kapitel „Der Prophet – Ein Kämpfer für Frauenrechte“ besonders erhellend, da darin eine so ganz andere Seite von Muhammad präsentiert wird.

Bei der Frage, ob eine Frau Imamin werden könne, verweist Benjamin Idriz auf klassische Kommentatoren wie den großen Exegeten at-Tabari, der dies bejaht habe. Sogar Ahmad ibn Hanbal und Ibn Taimiya (Letzterer häufig von Salafisten zitiert) seien der Ansicht gewesen, dass eine Frau, die den Koran besser kennt als Männer, das Ramadan-Nachgebet für diese leiten könne (S. 128).

Musliminnen in Deutschland liefert Idriz im Schlusskapitel Empowerment gegen patriarchale Machoattitüden.

Frauen müssten ohne Probleme ein Kopftuch („Hidschab“) tragen können, es dürfe allerdings niemals dazu gezwungen werden. Die Vollverschleierung des Gesichts hingegen sieht Idriz als Degradierung der Würde (S. 151). Ehescheidung sei im äußersten Notfall aus islamischer Sicht legitim.

Auch wenn Bücher wie „Der Koran und die Frauen“ angesichts zahlreicher Probleme nur ein Anfang sind, liefert Benjamin Idriz dafür einen wertvollen Beitrag und ist als einer der einflussreichsten Imame Deutschlands keine Randgestalt. Die Ansätze sind vielversprechender als zumeist oberflächliche und polemische Beiträge wie die von Ahmad Mansour, Seyran Ates oder Hamed Abdel Samad. Idriz unterstreicht die Relevanz von Sinn und Zweck der Norm („Maqasid“), historischer Kontextualisierung des Koran, sprachlicher Analyse des Korantextes und Hadithkritik. Dabei stellt sich Benjamin Idriz nicht außerhalb der sunnitischen Tradition, sondern wirkt verändernd von innen heraus, ohne exegetische Verrenkungen. Kategorien wie „liberal“ oder „konservativ“ werden dadurch obsolet. Er beweist, dass der Islam keine Reform, geschweige denn eine Reformation im protestantischen Sinne benötigt, da die Werkzeuge für Veränderung und zeitgemäße Interpretationen bereits vorhanden sind. Diese gilt es zu nutzen, konsequent, unverblümt und mit Entschlossenheit.

FABIAN SCHMIDMEIER, M.A.,
WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER,
FAU-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG

Sommer, Theo: *China First. Die Welt auf dem Weg ins chinesische Jahrhundert.* München: C.H. Beck 2019, 480 Seiten, € 26,00.



Man mag angesichts des Autors Vorbehalte haben. Theo Sommer, jahrzehntelang Chefredakteur und Herausgeber der „Zeit“, hat bekanntlich noch 1989 die Deutsche Einheit abgelehnt, von der „stillen Verehrung“ der DDR-Bürger für Honecker geredet und das Kriegerrecht in Polen im Namen der Stabilität begrüßt. Bekommen wir also eine Jubelschrift für Xi Jinping, Chinas Diktator auf Lebenszeit? Weit gefehlt.

In seinem positiv überraschenden Alterswerk urteilt der 84-Jährige ausgewogen und kritisch. Das Buch mischt Plaudereien von seinen Reiseimpressionen der letzten Jahrzehnte, angefangen von jenen mit Helmut Schmidt, den er häufig verehrungsvoll zitiert, bis zu fakten- und datengespickten Analysen der chinesischen Wirtschafts- und Regionalentwicklung, ihrer systematischen Firmenaufkäufe in Deutschland und Europa, der Seidenstraßen-Initiativen sowie ihrer Balkan-, Zentralasien-, Afrika- und Lateinamerikapolitik. Es ist spannend zu lesen, wie die alte Politik, Rohstoffquellen im Ausland zu erschließen und zu kontrollieren, von einer neuen Strategie ergänzt wird, nämlich weltweit Verkehrsinfrastrukturen zu bauen, Beteiligungen zu kaufen und von Staatsfirmen zu kontrollieren. Dazu

zählen allein im Mittelmeer Piräus, Thessaloniki, Port Said, Alexandria, Haifa, Venedig, Genua, Neapel, Valencia sowie Häfen in der Türkei und Algerien, in der Ostsee Memel (Klaipėda) und in der Nordsee Zeebrugge und Rotterdam (S. 133).

Sommer beschreibt die Hegemoniebestrebungen von Xi Jinping, mittelfristig die USA wirtschaftlich und militärisch zu überholen und zum „Zentrum der Weltbühne“ zu werden. Vorbei sind die Zeiten des Aufbaus von barbarischen Tribut- und Vasallenstaaten von Tibet bis Korea. Aktuell vertritt China deshalb aggressiv seine Territorialinteressen: Tibet und Xinjiang als zu sinisierendes Hinterland, die Ansprüche auf die nordostindische Provinz Arunachal Pradesh („Süd-Tibet“), der Ausbau militarisierter Atolle im Südchinesischen Meer, seine Politik gegenüber Taiwan und den Senkaku Inseln zum strategischen Ausbruch aus der „ersten Inselkette“ der USA in den Pazifik und Indischen Ozean. Unterstützt wird dies von einem aggressiven Flottenrüstungsprogramm – weg vom alten maoistischen Massenheer – mit Atom-U-Booten und Flugzeugträgergruppen.

Intern hat Xi mit seinen Antikorruptionskampagnen alle potenziellen Rivalen in der Partei-, Staats- und Armeeführung gesäubert, durch eigene Gefolgsleute ersetzt und genießt damit eine ähnliche Machtfülle wie seinerzeit Mao, wobei der einsetzende Personenkult erst rudimentär ist. Die Allmacht der Partei hat er durch die Gründung von Partezellen in allen Unternehmen, auch Auslandsfirmen, wiederhergestellt, denen die Firmenleitungen rechenschaftspflichtig sind. Auch die roten Milliardäre haben Parteibefehlen zu folgen. Gelegentlich werden einige wie der Eigner

der Anbang-Versicherung zur allgemeinen Abschreckung verhaftet und enteignet (S. 122).

Die Bürger leben mittlerweile in einem digitalen Überwachungsstaat. Ihr Tun und Lassen wird mit allgegenwärtigen Kameras mit Gesichtserkennung, der Kontrolle der sozialen Medien, von Internetkäufen und Zahlungsbewegungen umfassend überwacht und in einem „Sozialkreditsystem“ gewürdigt, das unsoziales Tun und Gedankendelikte bestraft. Es existieren schwarze Listen, auf deren Eintrag der Arbeitsplatzverlust und Sippenhaft folgten. Gleichzeitig wird in Tibet und im (noch) uighurischen Xinjiang (Ost-Turkestan) eine brutale Sinisierungspolitik mit Massen-Umerziehungslagern und der systematischen Ansiedlung von Han-Chinesen verfolgt (S. 47). Die chinesische Bevölkerungsmehrheit wird derweil mit Wohlstandsversprechen und Konsumvergnügen ruhiggestellt.

In Sommers Prognose wird das chinesische Jahrhundert das amerikanische ablösen, mit oder ohne dem Platzen der Immobilien- und Schuldenblase, die seinerzeit dem vor drei Jahrzehnten prognostizierten „Japanischen Jahrhundert“ anno 1990 den Garaus gemacht hatte. Die aktuelle amerikanische wirtschaftliche und militärische Gegenwehr würde daran nichts ändern. Man kann dem Autor sicher zustimmen, dass eine chinesisch dominierte Weltordnung mit Demokratie, freier Marktwirtschaft, Menschenrechten und internationalem Recht nur noch sehr wenig zu tun haben wird.

Gelegentlich haben sich in diesem umfassenden Werk auch Fehler und Wiederholungen eingeschlichen. So sackte der russisch-chinesische Handel 2015 nicht wegen einer chinesischen

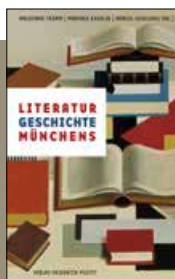
Wirtschaftskrise (S. 331), sondern wegen Russlands Rezession ab. Die japanischen Senkaku-Inseln werden von Taiwan (S. 298) nach einem bilateralen Fischereiabkommen nicht mehr beansprucht. Es ist auch falsch zu behaupten, dass die westlichen Wirtschaftssanktionen nach der Annexion der Krim russische Exporte getroffen haben (S. 332). Im Fall des Massakers von Nanking von 1937 gibt Sommer ungeprüft und ohne Vorbehalte die umstrittenen Opferzahlen der chinesischen Propaganda (bis 300.000) an (S. 297). In seiner umfangreichen Danksagungsliste – vor allem an Journalistenkollegen – gibt es Wiederholungen, wie auch sonst im Text. Dazu verzichtet er als Journalist auf saubere Quellenangaben und Fußnoten.

Dagegen ist das Kartenwerk des Bandes vorbildlich, etwa zu den chinesisch-indischen Grenzdisputen im Himalaja (S. 308) und zu den umfangreichen Gebietsabtretungen Chinas an Russland in den letzten noch bestehenden, verhassten, ungleichen Verträgen von 1858 und 1860, die in Südsibirien von dem fruchtbaren, sich entvölkernenden weiten Amur-Becken über Komсомolsk bis nach Wladiwostok in Primorje reichen (S. 318) und deren mögliche, ja langfristig wahrscheinliche Revision noch enormen Sprengstoff birgt. Nicht umsonst ist der fernöstliche russische Militärbezirk mit vier Armeen der stärkste und mit Mittelstreckenraketen am besten bewaffnet (S. 342).

In Summe ist dies ein spannendes, gut recherchiertes und lesenswertes Buch.

DR. ALBRECHT ROTHACHER,
BRÜSSEL

Fromm, Waldemar / Knedlik, Manfred / Schellong, Marcel (Hg.): Literaturgeschichte Münchens. Regensburg: Verlag Friedrich Pustet 2019, 616 Seiten, € 39,95.



Dass Literatur nicht nur das vom jüdischen Schriftsteller Hans Keilson einst beschworene „Gedächtnis der Menschheit“ ist, sondern etwas kleiner gefasst auch das „Gedächtnis einer Stadt“ sein kann, belegt der hier anzuzeigende Band. Erstmals wird mit ihm eine 1.000 Jahre umfassende „Geschichte der Literatur Münchens von den Anfängen bis zur Gegenwart“ (S. 13) vorgelegt. Kundig und lesbar werden der Weg von Münchner Autoren und ihren Netzwerken, das literarische Leben in der Stadt und ihre literarische Darstellung vom Mittelalter bis in die Gegenwart nachgezeichnet. Beschrieben werden dabei lokale Entwicklungen, die immer wieder in globale Zusammenhänge eingeordnet werden. Dabei konzentriert sich der Band nicht nur auf „Stars“ der Szene wie Thomas Mann, Oskar Maria Graf oder Uwe Timm. Auch heute fast vergessene, aber für das literarische Leben ihrer Zeit und die Bildung unseres kollektiven kulturellen Gedächtnisses nicht weniger wichtige Autoren und ihre Verwurzelung in der Stadt werden in den Blick genommen.

Konkret gliedert sich der Band in elf Abschnitte. Diese beginnen in der Regel mit einem Überblickskapitel, dem Portraits von Einzelautoren folgen. Nachdem man München im Hochmittelalter

„unter den bayerischen Literaturorten noch vergebens sucht“ (S. 21), setzt der Band im ausgehenden Mittelalter ein, in dem der „bayerische Marco Polo“ (S. 25), Hans von Siltberg, die Stadt mit seinen Reiseschilderungen zur Keimzelle der nachmals berühmten deutschen Orientalistik machte. Der chronologischen Ordnung folgend schließen sich Abschnitte über den „Humanismus“ und das „Zeitalter des Barock“ an. Größere Berühmtheit zu erlangen, war allerdings kaum einem der literarischen Protagonisten jener Epoche beschieden. Verglichen mit den großen oberdeutschen Reichsstädten Nürnberg und Augsburg blieb die Residenzstadt der bayerischen Herzöge literarisch eher unbedeutend. Im „Zeitalter der Aufklärung“ avancierte München dann zum „politischen und kulturellen Zentrum Kurbayerns“ (S. 169) und es gelang mit Verspätung der Anschluss an die Aufklärungsliteratur des protestantischen Deutschland. Eine nicht unwesentliche Rolle spielten dabei die Aufhebung des Jesuitenordens 1773 und die Gründung des Geheimbundes der Illuminaten, in dem zahlreiche Münchner Aufklärer Mitglied waren. Diese Vorgänge setzten Phantasien frei, die zur Initialzündung für eine sich rasant entfaltende Literatur der „katholischen Aufklärung“ (S. 177) wurden.

Ein nächster Abschnitt widmet sich dem kurzen literarischen 19. Jahrhundert der Jahre 1800 bis 1885. In der Zeit der Hoch- und Spätromantik begegnet man in München zunehmend prominenten Namen der literarischen Welt, die das neue „Isar-Athen“ (S. 224) ganz oder zeitweise zu ihrem Wirkungsort erwählten: Joseph Görres, Ludwig Tieck, Clemens von Brentano, Gottfried Keller, Heinrich Heine, Wilhelm Busch

oder Paul Heyse. Sie trafen sich in literarischen Zirkeln und Salons oder Dichterkreisen wie „Die Krokodile“. Über die Autoren, Themen und Netzwerke in Münchens literarischer Moderne, die sich in den Jahren bis 1914 vor allem „als Oppositionsbewegung gegen überkommene Strukturen und Formen der bürgerlichen Gesellschaft“ (S. 260) zeigte, informiert der folgende Abschnitt. Dass einem prägenden Organ wie der Satirezeitschrift „Simplicissimus“, für die der „Bürgerschreck“ (S. 278) Frank Wedekind ebenso schrieb wie Joachim Ringelnatz, Ludwig Thoma oder Rainer Maria Rilke und an der selbst Thomas Mann zeitweise als Lektor mitgearbeitet hat, kein eigenes Kapitel gewidmet ist, darf als eine der wenigen Schwachstellen des Bandes gelten.

Die „beginnende Politisierung der Literatur“ erreichte mit Kriegsausbruch 1914 einen ersten Höhepunkt, der zugleich den Auftakt bildete für die im nächsten Abschnitt anhand von Schriftstellern wie Erich Mühsam, Ernst Toller oder Lion Feuchtwanger in den Blick genommenen „unruhigen Jahre“ (S. 349) zwischen Münchner Räterepublik und Machtergreifung. Die damit beginnenden zwölf dunklen Jahre in der „Hauptstadt der Bewegung“ einzuordnen, obliegt dem Anfang 2019 verstorbenen Literaturwissenschaftler Wolfgang Frühwald, dem der vorliegende Band auch zugeeignet ist. Für einmal noch holt er Poeten wie Georg Britting, Werner Bergengruen, Hans Carossa oder Ernst Wiechert ans Licht, „die heute fast vergessen sind, damals aber für Trost in den Wirren des ‚totalen‘ Krieges und für ein ‚anderes‘, ein humanes Deutschland standen“ (S. 405).

Es folgen die kulturellen Nachkriegsjahre, die unter anderem anhand

der 1945 in die Stadt gekommenen „Integrationsfigur des literarischen Lebens“, Erich Kästner, und weiterer Autoren der äußerst inhomogenen „inneren Emigration“ (S. 447) erzählt werden. Die 1960er- und 70er-Jahre, in denen die Literatur wieder deutlich politischer und teilweise äußerst aktivistisch wurde, sind Gegenstand des Abschnitts „Gegenmünchen im heißen Sommer“ (S. 463). Wie etablierte Strukturen zunehmend in Frage gestellt und inhaltliche Tabus gebrochen wurden, zeigt hier ein breites Tableau von Autorenportraits, das von Paul Mühr bis zu den „Rebellen“ (S. 513) Rainer Werner Fassbinder und Franz Xaver Kroetz reicht. Bei allen politischen Irrungen und Wirrungen wird deutlich, dass es vor allem die „Revoluzzer“ dieser Zeit waren, die ästhetisch wie auch mit Blick auf das literarische Leben „die Stadt experimentierfreudiger gemacht und in Bewegung gebracht haben“ (S. 473 f.).

Den Abschluss bildet ein Ausflug in die Literaturstadt München von den 1980ern bis zur Gegenwart. Autoren wie Thomas Meinecke oder Rainald Goetz werden als Repräsentanten eines literarischen Milieus vorgestellt, aus dem seit den 1980er-Jahren facettenreiche Werke hervorgegangen sind, die zum Wurzelgrund der deutschsprachigen Pop-Literatur der 1990er- und der Nullerjahre werden sollten. In dem Bewusstsein einer noch fehlenden „kritischen Distanz“, aus der heraus Literatur erst belastbar geordnet, hierarchisiert und kanonisiert werden kann, endet der Band mit einer „Annäherung an die aktuelle Literatur Münchens seit den 1990er-Jahren“ (S. 534). Dass ein Lyriker wie der Iraner SAID, der seit 1965 in München lebt und schreibt, durchs Raster fällt, ist dabei so verständlich wie be-

dauerlich. Was dem Gesamtwert dieser Literaturgeschichte dennoch keinen Abbruch tut.

DR. PHILIPP W. HILDMANN,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Oermann, Nils Ole / Wolff,
Hans-Jürgen: Wirtschaftskriege: Geschichte und Gegenwart. Freiburg: Verlag Herder 2019, 272 Seiten, € 24,00.



Provokant könnte man die Frage „Warum haben wir nicht die ganze Zeit Wirtschaftskriege?“ (S. 20) an den Anfang stellen, denn zumindest bis ins 18. Jahrhundert hinein galt Handel „quasi als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“ (S. 17). Möglicherweise passieren Wirtschaftskriege aber auch tagtäglich auf einer so niedrigen Eskalationsstufe, dass wir sie nur nicht (mehr) wahrnehmen. Ein Begriff, der erklären könnte, warum gerade jetzt alle Welt wieder von einem neuen Zeitalter der Wirtschaftskriege spricht, ist der der Latenz. Im Laufe der Geschichte haben Großmächte bzw. eine Weltmacht wie die der USA in ihrer dominanten Phase gelernt, ein sehr feines Gespür für Erschütterungen der Macht zu entwickeln. Emporkömmlinge wie China werden zeitig erkannt und am weiteren Aufstieg zu hindern versucht. Da Wirtschaftskriege zwingend eine „zwischenstaatli-

che, politische und polemische Qualität“ (S. 31) erfordern, ist von einem inflationären Gebrauch des Begriffs Abstand zu nehmen, da internationale Wirtschaftsbeziehungen immer auch ein gewisses Maß an Kampf und Konflikt mit sich bringen. Das Autorenteam Oermann und Wolff unterscheidet drei Arten von Wirtschaftskriegen: „Krieg mit wirtschaftlichem Ziel“, „Kampf gegen die feindliche Kriegswirtschaftskraft im bewaffneten Konflikt“ sowie „Kampf gegen die gegnerische Wirtschaftskraft ohne bewaffneten Konflikt“. Inhaltlich liegt der Schwerpunkt klar auf Letzterem.

Die bisher unter polit-ökonomischen Gesichtspunkten geführte Betrachtungsweise von Wirtschaftskriegen lässt einer grundlegenden Thematisierung der Ethik und Legitimität von wirtschaftlichen Eingriffen wie beispielsweise Sanktionen wenig Raum. Maßnahmen dieser Art können ähnliche humanitäre Katastrophen zur Folge haben, wie die von militärischer Gewalt. Allein die jüngere Geschichte ist gespickt mit zahlreichen erschütternden Beispielen. Die Prinzipien eines „gerechten Krieges“, beginnend mit dem Grundsatz der Immunität der Zivilbevölkerung, versagen im Kontext von Wirtschaftskriegen daher völlig, da sich diese als Mittel der wirtschaftlichen Destabilisierung bewusst gegen den zivilen Teil der Bevölkerung richten. Das internationale Recht, wie es in der Satzung der Vereinten Nationen verankert ist, untersagt prinzipiell jedwede Widerhandlung gegen den völkerrechtlichen Grundsatz der Gleichheit aller Staaten (Art. 2 Abs. 1). Grundsätzlich wären somit alle diskriminierenden Handelsbeschränkungen nach Art. XXI des GATT-Abkommens (1947) de jure un-

zulässig, finden gleichwohl de facto als erweiterter Optionsrahmen zwischen Untätigkeit und militärischem Eingreifen ihre Daseinsberechtigung.

Die „kulturelle[n] Hegemonie“ (S. 93) des seit Mitte des 19. Jahrhunderts erwachsenen Freihandelsparadigmas ist wieder einmal – fast schon zyklisch möchte man meinen – unter Druck geraten. Das Momentum der amerikanischen Außenhandelspolitik gestattet zumindest vorerst, die Last der neu erhobenen Zölle zu drei Vierteln auf die chinesischen Produzenten abzuwälzen, doch der vermeintliche Triumph ist trügerisch und birgt das inhärente Eskalationspotenzial, bis hin zum zwischenstaatlichen bewaffneten Zusammenstoß. Die historische Wirklichkeit der letzten zweihundert Jahre belegt, dass das Diktum guter Handelsbeziehungen als präventive Maßnahme vor Kriegen gerade aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Interdependenz als untauglich verworfen werden muss.

Etwas verfehlt ist da die Kritik der beiden Autoren an den deutschen Außenhandelsüberschüssen (S. 207 f.), da sich Deutschland in einem integrierten Wirtschaftsraum bzw. in einer Währungsunion befindet und über die Zoll- und Wechselkurspolitik keine direkte Handhabe verfügt. Wie der Beitrag der beiden ifo-Ökonomen Felbermayr und Braml (2018) sehr deutlich zeigt, erwirtschaften die USA gegenüber der Europäischen Union zwar eine negative Handelsbilanz, doch aufgrund der Überschüsse aus Dienstleistungen und Vermögenseinkünften liegt deren Leistungsbilanz seit 2009 alljährlich im positiven Bereich. Eine isoliert deutsch-amerikanische Betrachtung wäre vergleichbar sinnlos wie die der Bundesrepublik mit Kalifornien. Die deutsch-

amerikanische Leistungsbilanz ist zudem über die umfangreiche Absatzpolitik amerikanischer Unternehmen aus Niedrigsteuerländern wie Irland und den Niederlanden stark verzerrt. Das derzeitige transatlantische Verhältnis macht vor allem deutlich, dass entgegen der historisch-merkantilistischen Sichtweise heute nicht mehr Handelsüberschüsse als Druckmittel, sondern Defizite gegenüber Überschussländern, die am Erhalt ihrer globalen Wertschöpfungsketten interessiert sind, eingesetzt werden.

Mit großer Besorgnis registrieren Oermann und Wolff, wie die Wachstumserfolge des chinesischen Staatskapitalismus auch für viele im Westen an Anziehungskraft gewinnen, während die Erfolgsgeschichte der (Sozialen) Marktwirtschaft an Zustimmung und Strahlkraft verliert. Ein Erosionsprozess, der mit Blick auf die Wirtschaftsleistung freiheitlich-demokratischer Industriestaaten mehr als unverständlich bleibt. So liegen, gemessen am aktuellen Pro-Kopf-Einkommen, die Vereinigten Staaten von Amerika selbst kaufkraftbereinigt auf einem vierfach höheren Wohlstandsniveau als die Volksrepublik China. Die Botschaft der Autoren ist eindeutig: Wir müssen uns auf einen langen Wettbewerb der Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle einstellen, in dem nichts weniger als die Selbstbehauptung der westlichen Kultur, Freiheit und Demokratie auf dem Spiel steht.

DANIEL GOTTAL,
BAYREUTH

JAHRESÜBERSICHT DER POLITISCHEN STUDIEN 2019

Heft 483 **Alt, krank, einsam? Zukunftsaufgabe Pflege**

Heft 484 **Entscheidung für Europa**

Heft 485 **Digital – aber sicher**

Heft 486 **Wirtschaft in Bayern: Gut aufgestellt**

Heft 487 **Der Umwelt zuliebe ...**

Heft 488 **Abgehängt auf dem Land?**

Autor	Titel	Heft	Seite
Arnold, Gerhard	Über Religionsfrieden zum Weltfrieden?	488	64
Balleis, Siegfried	Wasserstoff – Energie der Zukunft	485	62
Bauer, Peter	Adressen und Ansprechpartner für Pflegebedürftige und Pflegepersonen	483	48
Bednarczyk, Philip	... Wen interessiert das? Die Europawahl aus amerikanischer Sicht	484	37
Beier, Markus	Traumberuf Landarzt?	488	28
Bühler, Hanns	Interview über die Projektleitung in Südafrika	485	77
Duran, Helen	Gründerzeiten	486	34
Ferber, Markus	Editorial: Europa wählen	484	3
Fiedler, Christine	Was die Pflege braucht	483	39
Fürbeth, Barbara	Editorial: Weg mit der Plastikfolie	485	3

Autor	Titel	Heft	Seite
Geppert, Thomas	Das bayerische Dorfwirtshaus	488	48
Gerlach, Judith	Mit Sicherheit in die Zukunft	485	9
Göler, Daniel	Wegmarke der Integration – Europawahl 2019	484	28
Goger, Thomas	Cybercrime: Gefangen im Netz	485	17
Groß, Manfred	Die Trump-Transition	483	60
Grübl, Rupert	Politische-Studien-Zeitgespräch: Wissen tut not	484	46
Hacke, Christian	Soll Deutschland Nuklearmacht werden?	483	73
Hafner, Lisa	Europa hat die Wahl	484	6
Hanisch, Rudolf	Silicon Valley Bayern	488	56
Hausner, Verena	Digital – aber sicher	485	6
Hausner, Verena	Wirtschaft in Bayern: Gut aufgestellt	486	12
Hausner, Verena	Der Umwelt zuliebe ...	487	12
Hausner, Verena	... Wir schämten uns der Tränen nicht: 30 Jahre Mauerfall	487	60
Hausner, Verena	Abgehängt auf dem Land?	488	16
Helten, Timm	Lesen und Schreiben ist doch kinderleicht ...	487	50
Herrmann, Florian	Die EU als Anwalt des Verbrauchers	486	40
Herrmann, Joachim	Beste Lebensbedingungen in Stadt und Land	488	20
Hillebrecht, Steffen	Rezo, Tiktok und die Chancen Demokratischer Prozesse	487	41
Hirscher, Gerhard	Editorial: Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg	487	3

Autor	Titel	Heft	Seite
Horx, Matthias	Politische-Studien-Zeitgespräch: Keine Angst vor der Zukunft: ... Aber nehmt sie ernst!	486	7
Janovsky, Thomas	Cybercrime: Gefangen im Netz	485	17
Jörg, Oliver	Editorial: Ich bin der Neue ...	486	3
Jörg, Oliver	Politische-Studien-Zeitgespräch: Neue Aufgabe, neue Herausforderungen, neuer Chef	487	6
Johannsen, Björn	Das Konzerthaus Blaibach	488	36
Keil, Karl Heinz	Editorial: Mobil bleiben	488	3
Klein, Wolfgang	Europa? – Wir!	484	41
Klotz, Thomas M.	... Und jetzt? Rettet die Bienen	487	16
Krause, Joachim	Deutschland braucht keine Kernwaffen – aber eine strategische Neubestimmung	483	80
Lohmann, Robert	Wegmarke der Integration	484	28
Loibl, Richard	Von der Lederhose zum Laptop – Bayerns Weg in die Moderne	484	50
Männle, Ursula	Editorial: Die neue CDU-Vorsitzende – Kontinuität in der politischen Führung	483	3
Männle, Ursula	Politische-Studien-Zeitgespräch: Stiftungsvorsitzende Ursula Männle übergibt das Ruder	488	6
Meier-Walser, Reinhard	Braucht Deutschland Atomwaffen?	483	70
Müller, Gerd	Eine Welt ohne Hunger	485	51
Müller-Brandeck- Bocquet, Gisela	Was hat das Tandem Neues zu bieten? Deutschland und Frankreich im Dienste Europas	484	19

Autor	Titel	Heft	Seite
Obermeier, Robert W.	Nachhaltig und gut aufgestellt weiter in die Zukunft	486	16
Peteranderl, Franz Xaver	Mitarbeiter dringend gesucht ...	486	27
Petri, Thomas	Schutz personenbezogener Daten	485	38
Rotter, Andrea	70 Jahre NATO	484	63
Rückert, Maximilian Th. L.	Vom Witz zum Wahnsinn	485	26
Schiebel, Christoph	Framing macht Politik	483	51
Schmid, Susanne	Die Zukunft der Pflege	483	6
Spahn, Jens	Politische-Studien-Zeitgespräch: Woran krankt unser Gesundheitssystem?	483	10
Sréter, Wolfgang	Bergzicht – ein Ort mit Zukunftsperspektiven	485	71
Steiner, Matthias	Kalkulierbare Pflege in der eigenen Wohnung	483	29
Tänzler, Dennis	Klimapolitik 2019	487	33
Ullrich, Volker	Ja zur Grundrente mit Bedürftigkeitsprüfung	486	44
Unterländer, Joachim	Voraussetzung für eine menschliche Gesellschaft	483	18
Weber, Manfred	Was Europa jetzt braucht	484	10
Weisgerber, Anja	Der Weg in die Kreislaufwirtschaft	487	25
Witterauf, Peter	Politische-Studien-Zeitgespräch: Aktiv in den Ruhestand	485	42
Wunder, Barbara	Treffpunkt Dorfladen	488	43

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen/ bestellt werden:



ARGUMENTATION KOMPAKT

Nr. 7/2019: Parteien im Brennpunkt – AfD und Die Linke im Vergleich



AKTUELLE ANALYSEN
71: Mittelpunkt Bürger:
Dialog, Digital und Analog



AKTUELLE ANALYSEN

72: Change in der Medien- und Kommunikationsbranche – Ein Leitfaden für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft



AKTUELLE ANALYSEN

73: Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen – Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien



**BAYERISCHE
LEBENSBLDER 5:**
Die Mauer ist weg!
Mauerfall, Wendejahre und
demokratischer Neubeginn

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

„Politik vor Ort – Kommunalwahl 2020“ mit Beiträgen von Christian Bernreiter, Franz Dirnberger, Ramona Fruhner-Weiß, Markus Kaiser, Matthias Simon und Arno Zengerle

Herausgeber:

© 2019, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Generalsekretär: Oliver Jörg
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

Redaktion:

Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

Graphik: trurnit GmbH | trurnit Publishers

Druck: Aumüller Druck Regensburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:

JBM/buchcover.com/mauritius images

